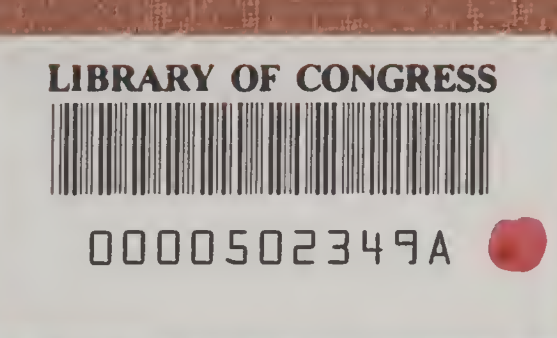
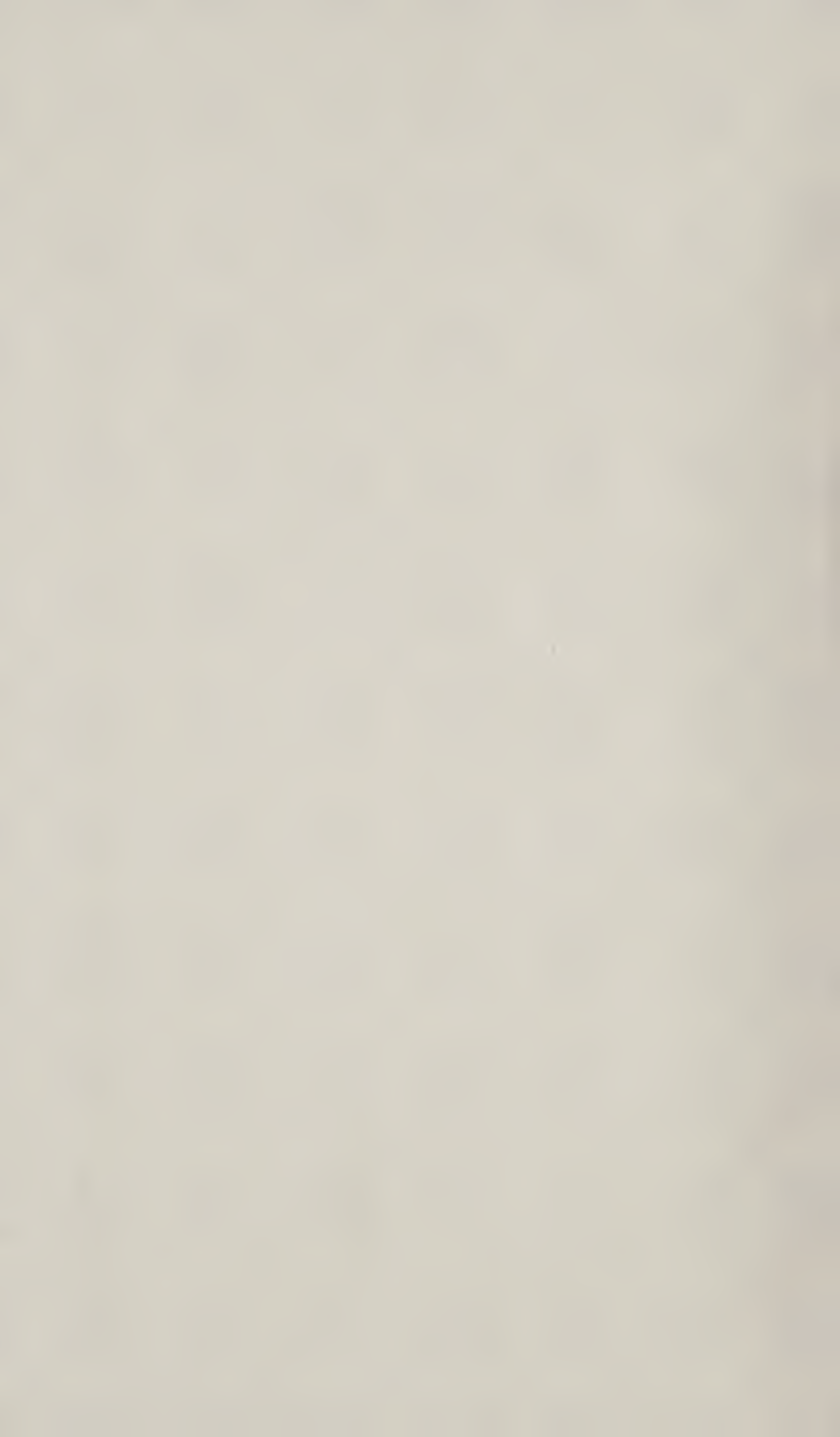

LIBRARY OF CONGRESS
0000502349A







James Buchanan,

seine Grundsätze und Politik,

von ihm selbst und seinen Freunden dargelegt.

Buchanan als Föderalist.

James Buchanan von Pennsylvanien begann seine politische Laufbahn als ein eifriger Föderalist, d. h. als ein Gegner der demokratischen Partei, die damals durch Männer, wie Jefferson, Madison, Monroe u. A. vertreten war. Er war noch ein Jüngling, als im Jahre 1812 unter dem demokratischen Präsidenten Madison die Ver. Staaten Krieg an England erklärten, um die Rechte der naturalisirten Bürger zu schützen, die England aufs gröbste mißachtet hatte. Gegen diesen Krieg eiferte die mächtige Partei der Föderalisten, weil sie die Rechte der eingewanderten Bürger nicht für wichtig genug hielt, um sie auf jede Gefahr hin aufrecht zu erhalten. Die demokratische Regierung hatte die erbittersten Angriffe und Schmähungen zu ertragen, die zuweilen bis zur Androhung des offenen Landesverrathes gingen, — und zu den heftigsten Gegnern der demokratischen Politik, zu denjenigen, die mit unermüdlichem Eifer der demokratischen Partei die gehässigsten und schmachvollsten Beweggründe unterschoben und die hervorragendsten Männer dieser Partei aufs tiefste herabzuziehen suchten, gehörte der damals kaum ins Mannesalter getretene James Buchanan.

Die Männer, welche die unparteiische Geschichte längst in die Reihe der Väter unserer Republik gesetzt hat; die Männer, welche zuerst die wahrhaft demokratischen Grundsätze ins Leben führten; die Männer, deren Namen in der Brust eines jeden wahren und ächten Demokraten von der alten Schule einen freudigen Wiederhall erwecken, ein Jefferson, ein Madison, ein Jackson, fanden keinen gehässigeren Feind, als James Buchanan. — Niemand häufte stärkere Schmähungen auf sie, Niemand verdächtigte ihre Beweggründe und die Reinheit ihrer Bestrebungen emsiger, Niemand stritt mit größerem Eifer dagegen an, daß die Union um der Rechte der eingewanderten Bürger willen Krieg mit England führe, als James Buchanan, — derselbe Mann, in welchem wir jetzt den Vertreter der demokratischen Partei sehen sollen.

James Buchanan bezeichnete ohne Scheu die Begründer der demokratischen Partei, darunter auch Thomas Jefferson, Thomas Paine und Patrick Henry, als verwerfliche Demagogen, als Menschen, die das Wohl ihres Gesammtvaterlandes um schnöder, selbstsüchtiger Interessen willen verrathen hätten; er warf ihnen vor, daß sie sich an Ausländer wegwürfen; daß es ihnen an aller politischen Weisheit gebräche; daß sie das Land vorsätzlich an den Rand eines Abgrundes brächten; den Bund der Staaten zu lockern oder gar zu zerreißen bestrebt seien. Nur von dem gänzlichen Sturze der demokratischen Partei und von den strengsten Maßregeln gegen die „Fremden" erwartete James Buchanan das Heil des Landes.

Das waren die Ansichten Buchanans zu derselben Zeit, wo ein Jefferson die feste Grundmauer der wahren Demokratie legte und wo Andrew Jackson in dem Kampfe, den die Ver. Staaten für die Rechte der Adoptivbürger führten, unvergänglichen Ruhm gewann. — Derselbe Mann, der jene Männer als verächtliche Demagogen bezeichnete und ihnen alles Ueble nachsagte, ist jetzt von einer Partei, welche sich die demokratische nennt, zum Bannerträger auserkoren!

Um alles im Vorstehenden Gesagte zu beweisen, lassen wir hier die vornehmlichsten Stellen aus einer Rede folgen, welche James Buchanan am 4. Juli des Jahres 1815 vor dem Washington-Vereine zu Lancaster hielt. Er sagte:

Buchanan als Feind der Demokratie.

„Es gab in den Ver. Staaten eine mächtige Rotte (faction), welche gegen die Annahme der jetzigen Bundesverfassung ankämpfte. Die Leute, welche zu dieser Rotte gehörten, nannte man Anti-Föderalisten und sie waren die Gründer der

demokratischen Partei..... Es waren meistentheils Volksverführer (Demagogen), die allenfalls an der Spitze kleiner Cliquen in einzelnen Staaten glänzen konnten, die aber wohl fühlten, daß ihre Fähigkeiten verdunkelt werden würden, wenn sie in den hellen Strahlenkranz träten, der die Gesammtregierung umgab. Um ihren schnöden Ehrgeiz zu befriedigen, wünschten sie, daß das Land in eine Anzahl kleiner bettelhafter Staatswesen zerklüftet bliebe, ohne eine kräftige Regierung an der Spitze. Dies machten sie sich zum Ziel, obschon sie sehr gut wußten, daß die widerstrebenden Interessen der einzelnen Staaten und ihre gegenseitige Eifersucht, lebendig erhalten durch Bündnisse mit auswärtigen Mächten, das Land zu einem Schauplatze fortwährender Zerwürfnisse und Bürgerkriege gemacht haben würde, bis es in den Armen des Despotismus eine Zuflucht hätte suchen müssen. — Deswegen wühlten sie gegen die Begründung eines festen Staatenbundes. Sie prophezeiten den Untergang der einzelnen Staatsregierungen und der Volksfreiheiten, wenn die Bundesregierung mit der erforderlichen Kraft ausgestattet würde.''

— So sprach sich James Buchanan über die Lehre aus, welche den Grundstein der Demokratie bildet: daß jeder einzelne Staat der Union souverän und daß die Nationalregierung keine andere Befugnisse ausüben soll, als solche, die ihr von den Staaten ausdrücklich übertragen sind! Die Männer, welche diese Lehre aufstellten, bezeichnet er als niedrige Volksverführer, als Winkelpolitiker, die nur in ganz kleinen Kreisen zu einiger Bedeutung hätten gelangen können. Thomas Jefferson war also nur ein armseliger Winkelpolitiker in den Augen Buchanans, weil er dagegen stritt daß die Nationalregierung mit monarchischer Gewalt bekleidet werde! Doch hören wir weiter. Nachdem Buchanan es der demokratischen Partei zum Verbrechen angerechnet hat, daß sie sich für die große französische Revolution begeisterte und dem französ. Volke in seinem Freiheitskampfe beistehen wollte, beschuldigt er sie, den Präsidenten Washington aufs schnödeste verleumdet und angegriffen zu haben. Dabei ergeht er sich in den folgenden maßlosen Ausdrücken:

Buchanan als Feind Jefferson's und Madison's.

,,Als Washington den Friedensvertrag mit England ratificirt hatte, ergoß die demokratische Partei ganze Ströme der bittersten persönlichen Schmähungen über sein Haupt. Sie klagte den Vater des Vaterlandes offen an, daß er dessen Kinder ins Verderben zu stürzen gesucht habe. Bis zu einer solchen Tiefe der Undankbarkeit ließen sich die Demokraten durch ihre teufliche Leidenschaft hinabreißen, daß sie offen und ohne Scheu ihn beschuldigten, wie ein Dieb seine Hand in den Staatsschatz gesteckt und das der Nation gehörende Geld zu seinem persönlichen Vortheile verwendet zu haben.

,,Was müssen wir von einer Opposition denken, deren Leidenschaften so schändlich und boshaft waren, daß sie nur durch Anschwärzung eines Mannes, wie Washington, befriedigt werden konnten? Wie können die Demokraten, nachdem sie den Erlöser ihres Vaterlandes so behandelt haben, es noch wagen, sich seine Jünger zu nennen?

,,Politische Macht zu erlangen, war der Endzweck der demokratischen Opposition und alle Mittel waren ihr hierzu recht. Ihre Führer gaben vor, für die Wohlfahrt des Volkes besorgt zu sein. Sie erhoben ihre Stimme laut zu Gunsten der Sparsamkeit im Staatshaushalte, gegen eine stehende Kriegsflotte und Armee und gegen alle Steuern ...... Nachdem eine Armee ausgehoben war, die unter Washingtons eigenem Befehle gegen einen auswärtigen Feind kämpfen sollte, sprachen sie laut ihre Befürchtung aus, daß dieselbe zur Zertrümmerung der republikanischen Verfassung und zur Einführung einer Alleinherrschaft mißbraucht werden solle. Sie schrien laut über die Steuern, womit diese Armee erhalten werden sollte. Durch Anwendung solcher Mittel gelang es ihnen endlich, eine Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen und die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Und wie haben sie die Macht benutzt?

,,Sie fingen damit an, unsere Kriegsflotte zu zerstören. Eine Kriegsflotte war bis dahin für unsere beste Schutzwehr gegen Angriffe fremder Mächte gehalten worden, weil sie unsere Küsten gegen Angriffe von außen vertheidigen und uns bei den Nationen der Welt Respekt verschaffen konnte, ohne, gleich einer stehenden Armee, unsere Freiheiten zu gefährden. Die Begründer unserer Republik hatten daher allmählig die Flotte zu stärken gesucht und wir hatten eine beträchtliche Anzahl von Kriegsschiffen, als die erste demokratische Regierung ans Ruder kam.

,,Da aber änderte sich die Sache sogleich. Die Demokraten hatten dem Volke Abschaffung der Steuern versprochen und wenn sie ihre Zusage nicht hielten, so war ihr Ansehen dahin. Unter diesen Umständen zauderten sie keinen Augenblick; sie verkauften unsere Kriegsschiffe, entwaffneten das Land, beraubten den Handelsverkehr jedes Schutzes und forderten das Ausland zum Kriege gegen uns heraus. Alles bloß deshalb, um nicht dem Volke eine kleine Steuer auferlegen und dadurch ihre Popularität gefährden zu müssen.

,,Sodann erklärte die demokratische Regierung (Jefferson) Krieg gegen unsern eigenen Handelsverkehr. Nicht damit zufrieden, ihn alles Schutzes beraubt zu haben, schritten sie zu Maßregeln, die darauf berechnet zu sein schienen, unseren ganzen Handel zu vernichten. Als ganz Europa von furchtbaren Kriegen erschüttert war und den Vereinigten Staaten bei ihrer Neutralität sich die glänzendsten Aussichten boten, den ganzen Schiffsverkehr an sich zu reißen, schloß die demokratische Regierung unsere Häfen durch Embargos und Einfuhr-Verbote zu. Dadurch versiegten die Zuflüsse von Schätzen, die aus den tausendfachen Quellen des Handels in unser Land geströmt waren. Diese selbstmörderischen Maßregeln

versetzten unserem Wohlstande einen plötzlichen, furchtbaren Schlag. Alle Geschäfte geriethen ins Stocken; die Zeitungen waren voll von Fallissements-Anzeigen und unsere Schiffe verfaulten im Hafen, als traurige Denkmäler der schwachen und frevelhaften Politik unserer demokratischen Regierung.

„Es gebricht mir an Zeit, um alle die übrigen abenteuerlichen und verwerflichen Pläne der demokratischen Regierung (Jefferson's und Madison's) aufzuzählen. Genug, nachdem sie uns aller Vertheidigungsmittel beraubt, unsere Kriegsflotte zerstört, unsere Armee aufgelöst und durch Vernichtung des Handels uns der Mittel beraubt hatte, neue Abwehrmittel zu schaffen; nachdem sie die Conzessionsverlängerung der Nationalbank verweigert, die Landesfinanzen in die unsäglichste Verwirrung gebracht und das Volk vom Steuerzahlen entwöhnt hatte, — stürzte sie plötzlich, zu einer Zeit, wo der Nationalschatz leer war, das Land in Krieg mit einem Staate, der uns größeren Schaden zuzufügen vermochte, als irgend ein anderer in der Welt ...... Und aus welchem Grunde geschah es? Lediglich um eine abstrakte, völkerrechtliche Frage zu entscheiden, über welche ganz Europa anderer Meinung war, als unsere Regierung, — die Frage nämlich: ob Jedermann das Recht habe, sich ein neues Vaterland zu wählen, oder nicht. — An der Entscheidung dieser Frage lag unserer Regierung sehr viel. Denn die vielen Fremden, die dadurch berührt wurden, waren stets ihre eifrigen Freunde gewesen. Durch ihre Unterstützung war die demokratische Partei zur Herrschaft gelangt und es wäre von dieser eine große Undankbarkeit gewesen, wenn sie sie jetzt hätte verlassen sollen......Sich die Fremden geneigt zu machen, war das Streben der demokratischen Führer seit zwanzig Jahren gewesen. Unmittelbar vor dem Kriege hatte dieser fremde Einfluß sich mit allen politischen Gesinnungen einer Majorität des Volkes, namentlich im Westen, auf's engste verknüpft. Seine Stimme ließ sich am Sitze der Regierung so laut vernehmen, daß der Präsident ihr entweder gehorchen, oder sein Amt aufgeben mußte. Unter diesen Umständen mußte die Wahl einem Manne (Madison), der seine persönlichen Interessen der Wohlfahrt des Landes stets voranstellte, leicht werden.

„Gott sei Dank, wir haben den Frieden wieder, mag er auch noch so schlecht und schimpflich sein. Ohnedies würde der erhabene Bau unserer Bundesverfassung von denselben schwachen Händen gestützt, gleich dem Kapitol zerborsten und zertrümmert sein."

„Doch der Friede ist wieder eingekehrt, um seinen Segen über unser Land zu breiten. Der Handel, der seit Jahren gelähmt daniederlag, beginnt wieder, sich frisch und munter zu regen. Wieder stehen wir allen europäischen Mächten neutral gegenüber. Was muß nun unser politisches Verhalten für die Zukunft sein? Vor allen Dingen müssen wir Frieden mit allen Nationen halten, nicht bloß in der That, sondern auch in der Gesinnung. Wir müssen unserer Neutralität Achtung verschaffen, indem wir eine wehrkräftige Stellung einnehmen. Wir müssen, um unsern Handel zu schützen, unsere Kriegsflotte vermehren. An Einfuhrverbote müssen wir nie wieder denken. Wir müssen uns aufs Aeußerste anstrengen um jene schwachen und ruchlosen Menschen (d. h. die Demokraten und namentlich den Präsidenten Madison) aus der Regierung zu werfen, welche den von Washington vorgezeichneten Pfad verlassen haben und deren abenteuerliche, widersinnige Ideen sich vor dem Richterstuhle der Erfahrung als untauglich bewiesen haben.

Buchanan als Know-Nothing.

„Vor allen Dingen aber müssen wir den fremden Einfluß von unseren Gestaden vertreiben und ausschließlich amerikanische Gesinnungen hegen. Der fremde Einfluß ist zu allen Zeiten der Fluch der Republiken gewesen. Denn sein scheelsüchtiges Auge sieht Alles in falschem Lichte. Der dichte Dunstkreis des Vorurtheils, das ihn umgiebt, verbirgt ihm auf immer das Licht der Einsicht.

„Während dieser fremde Einfluß Nationen anbetet, die er sammt allen ihren Verbrechen liebt, flucht er den Gegnern derselben selbst wegen ihrer Tugenden. Zu allen Zeiten hat er den Feinden des Landes Vorschub geleistet, indem er voll übelangebrachten Vertrauens Frieden predigte, wo der Friede nicht am Platze war und die Vertheidiger des Landes in trügerische Sicherheit einwiegte, während schon die eherne Hand des Despotismus den Todesstreich gegen ihre Freiheiten führte. Schon hat unsere junge Republik diesen zerstörenden Einfluß kennen gelernt; schon ist sie dadurch in einen Krieg verwickelt worden, der uns beinahe unsere nationale Unabhängigkeit gekostet hätte.

„Lasset uns also aus der Erfahrung Weisheit schöpfen und diesen bösen Feind (die Fremden) auf ewig aus unserem Lande verbannen. Wir sind von den europäischen Staaten durch ein breites Weltmeer getrennt. Mehr als dieses scheidet uns von ihnen unsere Regierungsform und unsere Freiheit. Warum sollten wir uns selber verderben, indem wir an den Wirrsalen und Kämpfen der Despoten Europa's Theil nehmen?

„Nur indem wir wieder jene alte, bewährte Politik (Verbannung der Fremden) befolgen, können wir unser Land wieder zu seiner früheren Größe und Macht erheben. Dann können wir unter dem Segen der Vorsehung auf einen langen und glücklichen staatlichen Bestand rechnen.

Buchanan befürwortet die Eroberung von Cuba.

Das Ostender Manifest.

Während der letzten zehn Jahre waren zu verschiedenen Zeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien sehr ernstliche Mißhelligkeiten entstanden, die zu wiederholtenmalen ein so drohendes Aussehen annahmen, daß ein Krieg unvermeidlich schien. Die eigentliche Grundursache aller dieser Zerwürfnisse war das auf Seiten der Sklavenhalterpartei in den Ver. Staaten offen zur Schau getragene Bestreben, den Spaniern ihre werthvollste und wichtigste Colonie, nämlich die Insel Cuba mit Gewalt zu entreißen, um daraus eine Anzahl von Sklavenstaaten zu machen und diese der Union einzuverleiben. Unter dem Vorwande, die Einwohner Cuba's von dem spanischen Joche befreien zu wollen, in der That aber um zu verhüten, daß jemals auf Cuba die Sklaverei abgeschafft werde und um durch die Eroberung dieses reichen Landes für immer ein Uebergewicht über die freien Staaten zu erlangen, zettelten die Sklavenhalter mehr als einmal Freibeuterzüge gegen Cuba an, die aber sämmtlich ein sehr klägliches Ende nahmen.

Bei einem Theile der demokratischen Partei fanden die Sklavenhalter mit ihren Eroberungsplänen die bereitwilligste Unterstützung; namentlich bei jener Faktion, die sich selber mit Vorliebe den Namen „Jung-Amerika" beilegte. Nicht so bei den Besonnenern und Gemäßigteren, die wohl erkannten, daß eine Eroberung Cuba's für die Sklavenhalter dem Bestande der Union die größten Gefahren bereitet haben würde. Diese gemäßigtere Partei war in der Regierung des Präsidenten Pierce vorzugsweise durch Marcy vertreten. Dagegen gehörte der Gesandte, welchen die Regierung nach Madrid geschickt hatte, Pierre Soulé von Louisiana mit Leib und Seele der „Jung-Amerika-" Partei an. Anstatt, wie ihm aufgetragen war, die bestehenden Zerwürfnisse mit Spanien zu schlichten, ließ dieser es sich angelegen sein, den Streit immer hitziger zu machen und bis zu einem Kriege zu treiben.

Als dies endlich der Regierung zu Washington klar geworden war, wies sie, am 16. August 1854, Herrn Soulé an, sich mit dem Herrn Buchanan, der damals Gesandter in London und mit Mason, der Gesandter in Paris war, darüber zu berathen, auf welche Weise dem Streit mit Spanien am Kürzesten ein Ende gemacht werden könne. Sie rechnete darauf, daß Buchanan und Mason, als ältere und besonnenere Leute den kriegslustigen Soulé auf bessere Gedanken bringen würden. Aber hierin hatte sie sich geirrt, denn gerade das Gegentheil geschah. Buchanan, der schon zu jener Zeit seine Augen auf die nächste Präsidentenwahl gerichtet hatte, glaubte sich der mächtigen Sklavenhalterpartei nicht besser empfehlen zu können, als indem er ihre Eroberungspläne in Bezug auf Cuba gut hieß. — Ganz im Widerspruche mit allen seinen früheren politischen Ansichten ging er auf alle Ideen Soulé's ein.

Die drei Diplomaten trafen am 9. Oktober 1855 in Ostende zusammen, hielten dort drei Tage lang Sitzung und begaben sich sodann nach Aachen, wo sie ihre Berathungen noch mehrere Tage lang fortsetzten. Von einer Uebereilung konnte also keine Rede sein. Auch schrieb Soulé darüber: „Die Gegenstände, worüber wir unsere Ansichten aussprechen sollten, waren von zu großer Wichtigkeit, als daß sie nicht unsere reiflichste Ueberlegung und die bedächtigste Erwägung hätten in Anspruch nehmen sollen und wir gingen mit dem tiefsten Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit, die uns übertragen war, an die uns gestellte Aufgabe."

Nach „reiflichster Ueberlegung" also und nach der „bedächtigsten Erwägung" kamen Buchanan und seine beiden Genossen zu dem Resultate, welches in dem berühmten, oder berüchtigten, von Buchanan eigenhändig aufgesetzten Ostender Manifest niedergelegt ist. Dieses Manifest, welches den Unwillen und die Entrüstung der ganzen civilisirten Welt erregt hat, stellt die Behauptung auf, daß die Ver. Staaten Cuba haben müssen und räth, daß, wenn Spanien sein Eigenthum nicht gutwillig an die Ver. Staaten verkaufen will, diese es ohne Umstände mit Gewalt rauben sollen. — Wie man sieht, ist es das offene unverhüllte Faustrecht, was hier von Buchanan angerathen wird; es ist, wie die republikanische Convention zu Philadelphia erklärte, der Grundsatz des Straßenräubers: das zu stehlen, was man braucht. — Die Regierung in Washington war so überrascht von diesem Resultate, daß sie die ganze Angelegenheit fallen ließ und Soulé trat aus Verdruß hierüber von seinem Posten ab. Buchanan dagegen erreichte seinen Zweck. Dadurch, daß er unverhohlen den Raub Cuba's gepredigt, erwarb er sich die Gunst der Sklavenhalterpartei und wurde so der Präsidentschafskandidat.

Wir lassen nun hier das Ostender Manifest folgen:

Buchanan's Ansichten über die auswärtige Politik.

Aachen, den 18. Oktober 1854.

An den Staatssekretär Wm. L. Marcy.

Geehrter Herr! Die Unterzeichneten sind, in Gemäßheit des vom Präsidenten mehrfach ausgesprochenen Wunsches zu gemeinsamen Berathungen zusammengetreten, zuerst in Ostende am 9., 10. und 11. Oktober, seitdem in Aachen. Es hat ein vollständiger und rückhaltsloser Meinungs-Austausch zwischen uns stattgefunden und sind wir dadurch zu einer völligen Uebereinstimmung unserer Ansichten über den unserer Erwägung vorgelegten wichtigen und bedeutsamen Gegenstand gelangt.

Wenn's angeht, so kaufe man Cuba.

Wir sind zu dem Schlusse gekommen, daß die Regierung der Ver. Staaten unverzüglich und angelegentlich sich darum bemühen muß, Cuba von Spanien um jeden Preis bis zu $120,000,000 zu kaufen.

Das Anerbieten müßte unseres Erachtens an die demnächst zusammentretende constituirende Nationalversammlung gestellt werden. In einer für beide Völker so wichtigen Angelegenheit müssen alle Verhandlungen offen und freimüthig sein, so daß die Welt Nichts daran auszusetzen findet.

Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, wo der Verkauf Cubas ebenso sehr im Interesse Spaniens liegt, wie der Ankauf im Interesse der Ver. Staaten und daß daher das Geschäft beiderseits mit Ehren geschlossen werden kann. — Daher fürchten wir keinen Fehlschlag, es sei denn, daß ein solcher durch den böswilligen Einfluß fremder Mächte herbeigeführt werde, die gar kein Recht haben, sich in die Sache zu mischen.

Jedem Denkenden ergiebt sich klar, daß Cuba wegen seiner Lage und der damit zusammenhängenden Erwägungen dem nordamerikanischen Staatenbunde ebenso nothwendig ist, wie irgend eins der jetzigen Bundesglieder, und daß die Natur es zu einem Mitgliede der in der Union dargestellten Staatenfamilie bestimmt hat. — Es beherrscht durch seine Lage die Mündung des Mississippi und den von diesem Strome vermittelten immensen Handelsverkehr. Auf dem Flußgebiete der Ströme, die durch den Mississippi sich ins Meer ergießen (und die eine Gesammtlänge von 30,000 Meilen haben) betrug allein der Bevölkerungs**zuwachs** während des letzten Jahrzehnts mehr, als die gesammte Seelenzahl der ganzen Union zur Zeit des Anschlusses von Louisiana. Der natürliche Hauptabsatzweg für die Erzeugnisse dieser ganzen Bevölkerung, ihre Hauptverkehrsstraße nach den Staaten am atlantischen und am stillen Meere wird immer gefährdet sein, so lange Cuba zu einem entlegenen Staate gehört, in dessen Besitz es unausgesetzt die Quelle von Zerwürfnissen und Streitigkeiten ist. Die Union kann keine Ruhe und Sicherheit haben, so lange nicht Cuba ihr gehört. Die alsbaldige Erwerbung desselben ist daher von höchster Wichtigkeit und würde wahrscheinlich auch den Bewohnern selbst sehr erwünscht sein. Denn der nahe und enge Verkehr mit den Ver. Staaten hat die Interessen der Cubaner und der Amerikaner so dicht in einander verwebt, daß sie schon jetzt sich als Ein Volk mit einer gemeinsamen Bestimmung betrachten.

Jeder Verzug in der Erwerbung Cuba's ist von großer Gefahr für die Ver. Staaten. Die in neuerer Zeit dort eingeführte Einwanderung (von chinesischen Sklaven) und die von den derzeitigen Gewalthabern geübte schmähliche Tyrannei lassen jeden Augenblick den Ausbruch eines Aufruhrs befürchten, der die verhängnißvollsten Folgen für das amerikanische Volk haben würde. Cuba ist für uns eine fortwährende Gefahr. Doch dabei brauchen wir wohl kaum zu verweilen.

Daß fremde Mächte wider alles Völkerrecht den Ankauf Cubas hintertreiben sollten, ist kaum zu glauben. Die Bewohner der Insel leiden unter dem härtesten Druck eines uneingeschränkten Despotismus, ausgeübt von unverantwortlichen Beamten einer fernen Regierung, welche die kurze Dauer ihrer Amtsgewalt nur zur Anhäufung von Schätzen durch die schändlichsten Mittel zu benutzen beflissen sind. So lange dieses Regierungssystem andauert, ist an eine Unterdrückung des schmachwürdigen Sklavenhandels nicht zu denken; denn es bildet dieser eine Quelle des ungeheuersten Gewinns für gewissenlose und habsüchtige Beamte. Mag auch die spanische Regierung in dieser Beziehung noch so gute Gesinnungen hegen, so kann sie doch erfahrungsgemäß diese Beamten in einer entlegenen Kolonie nicht ausreichend kontrolliren. Ferner: die handeltreibenden Nationen werden nicht umhin können, die großen Vortheile zu würdigen, die ihnen selbst aus einem Anschlusse Cubas an die Ver. Staaten erwachsen müßten. Der Verkehr Englands und Frankreichs mit Cuba würde in diesem Falle augenblicklich ein sehr bedeutender werden und durch das Wachsthum der Insel an Bevölkerung und Wohlstand einen immer größeren Umfang gewinnen.

Wäre der Vortheil für die **Ver. Staaten** groß, so würde doch andrerseits eine Veräußerung Cubas auch im Interesse Spaniens liegen. Die große Kaufsumme, die es erhielte, könnte es zur Entwickelung seiner bedeutenden Hülfsquellen verwenden. Zwei Drittel davon, zur Anlage eines Eisenbahnnetzes verwandt, würden dem spanischen Volke am Ende größeren Wohlstand sichern als jenen, den die Entdeckungen von Cortez ihm in Aussicht stellten. Frankreich hat bereits Eisenbahnen von Havre, Marseille, Valenciennes und Straßburg bis nach der spanischen Grenze und wartet mit Ungeduld darauf, daß Spanien sie bis nach Madrid, Sevilla, Cadix, Malaga und der portugiesischen Grenze fortsetze. Wäre das geschehen, so hätte Spanien für alle seine Erzeugnisse einen einträglichen, beständigen Absatz gesichert. Sein Feldbau würde sich heben, seine Weinkultur einen neuen Aufschwung nehmen; kurz, Spanien würde zu einem der reichsten, mächtigsten und blühendsten Staaten Europas werden.

Das Alles wäre mit zwei Dritteln der Kaufsumme zu erzielen. Mit den übrig bleibenden 40 Millionen könnte Spanien den größten Theil

seiner drückenden Staatsschuld löschen und für den Rest einen soliden Tilgungsfond anlegen. Die gegenwärtige Finanzlage Spaniens ist so erbärmlich, daß seine besten Staatsschuldscheine zu einem Drittel und andere, auf welche die Zinsen gar nicht bezahlt werden, zu einem Sechstel ihres Nennwerthes zu haben sind. Letztere befinden sich meist in den Händen englischer Gläubiger und es kann jeden Tag der Fall eintreten, daß die englische Regierung Zahlung dafür erzwingt. Drohungen in diesem Sinne sind schon an hoher Stelle gemacht worden und dürften wohl verwirklicht werden, wenn sich Spanien nchit eine neue Einnahmequelle behufs Abtragung seiner Verbindlichkeiten eröffnet.

Weist Spanien jetzt die sich bietende goldene Gelegenheit zur Hebung seiner Geldnoth zurück, so kommt sie wohl nie wieder. Cuba hat in seiner glänzendsten Zeit der spanischen Staatskasse, nach Abzug der Verwaltungskosten, nie mehr als eine und eine halbe Million Doll. jährlichen Reingewinn gewährt. Jetzt sind die Unkosten so gestiegen, daß sich sogar noch ein aus der Staatskasse zu deckendes Defizit von $600,000 ergiebt. In finanzieller Beziehung ist also die Insel nicht eine Quelle des Gewinns, sondern umgekehrt, eine Last für das Mutterland. Nie würde Cuba dem spanischen Schatze auch nur ein Procent der von den Vereinigten Staaten offerirten Kaufsumme als Reingewinn abwerfen.

Wohl aber läuft Spanien Gefahr, Cuba einzubüßen ohne eine Entschädigung dafür zu bekommen. Zu starker Druck berechtigt jedes Volk zu dem Versuche, sein Joch abzuwerfen. Die Leiden, welche Cuba unter dem blutsaugerischen Willkühr-Regimente seiner Behörden zu erdulden hat, müssen nothwendig jenen revolutionären Geist anregen und wach erhalten, der sich in den letzten Jahren so oft gezeigt hat. Es wäre Thorheit zu erwarten, daß das amerikanische Volk nicht die lebhafteste Theilnahme für seine unterdrückten Nachbaren hegen sollte. So fest auch der Präsident entschlossen sei, die Neutralitätsgesetze in Kraft zu erhalten, so würde, im Falle einer Volkserhebung auf Cuba keine Menschenmacht verhüten können, daß Amerikaner und Freigesinnte aus anderen Ländern zur Hülfe herbeieilten. Ueberall giebt es verwegene Abenteurer genug, die ebenfalls die Gelegenheit benutzen würden. Es ist also keineswegs unwahrscheinlich, daß Spanien durch eine erfolgreiche Revolution auf Cuba sowohl die Insel selbst, als den von uns dafür gebotenen Kaufpreis verliert, der höher ist, als irgend einer, womit jemals eine Provinz gekauft ward.

Noch sei bemerkt, daß der Anschluß Cubas an die Union allen gefährlichen Zerwürfnissen mit andern europäischen Mächten ein Ende machen würde. Gewiß ist, daß wenn die Cubaner sich selbst gegen die spanische Regierung erhöben und Spanien von andern Mächten Hülfe erhalten sollte, die Vereinigten Staaten für ihre Nachbarn Partei ergreifen würden.

Kann man's nicht kaufen, so stehle man's.

Sollte aber Spanien, taub gegen sein eigenes Interesse, aus falschem Stolz und Ehrgefühl sich weigern, Cuba zu verkaufen, — was haben wir dann zu thun?

Die Selbsterhaltung ist für Staaten, wie für den Einzelnen oberstes Naturgesetz. Alle Staaten haben stets hiernach gehandelt. Führt es auch manchmal zu Ungerechtigkeiten (wie z. B. die Theilung Polens) so ist doch der Satz selbst als richtig anerkannt. Bis jetzt haben die Ver. Staaten neue Gebiete nur durch ehrlichen Kauf oder auf das freiwillige Ersuchen der Bürger des betreffenden Staates erworben. Selbst unsere Erwerbungen von Meriko, die wir als Eroberungen hätten beanspruchen können, haben wir ehrlich bezahlt. Unsere ganze Vergangenheit verbietet uns somit, Cuba ohne die Einwilligung Spaniens zu erwerben, außer, wenn es durch das Gebot der Selbsterhaltung gerechtfertigt wird. Unsere Rechtlichkeit und Selbstachtung müssen wir uns jedenfalls bewahren. Thun wir das, so können wir auch dem ungerechten Tadel der Welt Trotz bieten. — Wenn wir also Spanien einen Kaufpreis für Cuba angeboten haben, der den Werth weit übersteig. und unser Anerbieten wird abgewiesen, dann haben wir uns zu fragen: Bedrohet Cuba im Besitze Spaniens ernstlich unsern innern Frieden und den Bestand unserer Union?

Buchanan predigt Staats-Moral.

Fällt die Antwort bejahend aus, dann sind wir nach göttlichem und menschlichem Rechte befugt, Cuba mit Gewalt von Spanien loszureißen, wofern wir die Macht dazu haben, und zwar nach demselben Rechte, wonach Jemand das brennende Haus seines Nachbars einreißen darf, um sein eigenes zu schützen. Unter solchen Umständen dürfen wir nicht nach den Kosten und der Gefahr fragen. — Ob die augenblickliche Lage Cubas einen solchen Schritt rechtfertigt, lassen wir dahingestellt; das aber müssen wir sagen, daß es eine schmachvolle Pflichtversäumniß und ein Verrath an unserer Nachkommenschaft wäre, wollten wir dulden, daß Cuba „vernegert" und ein zweites St. Domingo würde, von wo aus sich die Flammen der Anarchie nach unsern eigenen Küsten verbreiten und das ganze Gebäude der Union gefährden könnten. Wir fürchten, daß der Verlauf der Ereignisse auf eine solche Katastrophe abzielt. Wenn wir auch gern das Beste hoffen wollen, müssen wir uns doch aufs Schlimmste gefaßt machen.

Wir gehen nicht näher auf die obschwebenden Differenzen zwischen den Ver. Staaten und Spanien ein. Eine lange Reihe noch ungesühnter Missethaten ist von den spanischen Behörden auf Cuba gegen Amerikaner begangen worden. Erst kürzlich kam im Hafen von Havanna eine solche vor, die eine sofortige Kriegserklärung gerechtfertigt haben würde, und es hat in diesem Falle die spanische Regierung obenein ausdrücklich die Verantwortung für die von seinen Beamten verübten Unbilden übernommen. Grade das zeigt deutlich, welche Gefahren die bisher von den Ver. Staaten beobachtete Friedenspolitik mit sich bringt. Die Ver. Staaten haben sich bis jetzt aller Gewaltschritte gegen Spanien enthalten; aber sie können es nicht länger, ohne ihrer eigenen Würde zu scha-

den. Unsere im Vorstehenden unterbreiteten Rathschläge entspringen aus der festen Ueberzeugung, daß die Abtretung Cubas an die Ver. Staaten unter für Spanien vortheilhaften Bedingungen, das einzige Mittel ist, alle schwebenden Zerwürfnisse zu schlichten und die Gefahr des Eintritts neuer zu heben. — In Florida haben wir bereits ein redendes Zeugniß für die Bewährtheit des vorgeschlagenen Mittels.

Mit vollkommenster Hochachtung,

James Buchanan.
J. Y. Mason.
Pierre Soulé.

Die Cincinnatier Buchanan-Platform.

Angenommen am 22. Mai 1856.

Die amerikanische Demokratie vertraut der Einsicht, der Vaterlandsliebe und dem Rechtssinne des amerikanischen Volkes.

Dies betrachten wir als den besondern Grundzug unseres politischen Glaubensbekenntnisses und stellen es mit stolzem Bewußtsein der Lehre des Föderalismus gegenüber, der die Willens-Kundgebungen der Wähler zu lähmen sucht und dem kein Betrug zu grob ist, um das Volk damit zu hintergehen.

Hiervon ausgehend erneuert und bestätigt die demokratische Partei durch ihre zu einer Convention versammelten Abgeordneten die folgenden Grundsätze, welche sie bei frühern Gelegenheiten, namentlich bei der Aufstellung von Kandidaten, verkündigte.

1. Die Bundesregierung hat nur beschränkte, in der Verfassung genau vorgezeichnete Befugnisse, deren Grenzen sie in allen Verwaltungszweigen aufs Strengste inne halten muß.

2. Die Verfassung verleihet der Bundesregierung nicht das Recht zur systematischen Anlage von Verkehrserleichterungen und sonstigen Meliorationen.

3. Sie verleiht ihr nicht das Recht, Schulden zu übernehmen, welche Einzelstaaten behufs solcher Verkehrsanlagen gemacht haben.

4. Die Bundesregierung darf nicht einen Industriezweig auf Kosten des andern pflegen, oder die Interessen eines Landestheiles mehr fördern, als die des andern. Alle Bürger und alle Landestheile haben gleiche Rechte und gleiche Ansprüche auf Schutz durch die Bundesregierung gegen Gewaltthat von innen und außen.

5. Die größte Sparsamkeit werde in der Verwaltung geübt. Nur so viel Einkünfte sollen erhoben werden, als zur Bestreitung der Ausgaben und zur allmähligen Tilgung der Bundesschuld unbedingt nothwendig sind.

6. Der Erlös vom Verkauf der öffentlichen Ländereien darf nur zu den in der Verfassung bezeichneten Zwecken verwendet, in keinem Falle aber unter die einzelnen Staaten vertheilt werden.

7. Der Congreß hat nicht das Recht eine Nationalbank ins Leben zu rufen. Ein solches Institut ist schädlich für die Interessen des Volkes, gefährlich für die Freiheit und darauf berechnet, den Geschäftsverkehr der Willkühr einer großen Kapitalmacht zu überantworten.

8. Die Regierungsgelder dürfen nicht in Banken angelegt werden, da dies ihre Sicherheit gefährden könnte.

9. Wir sind entschieden dagegen, daß dem Präsidenten seine Veto-Gewalt genommen werde, die ihn in den Stand setzt, die Interessen des Volkes zu wahren und die Annahme von Gesetzen, für welche sich nicht zwei Drittel der Nationalvertretung erklären, auf so lange zu verhüten, bis das Volk seine Meinung darüber kund geben kann.

10. Die in der Unabhängigkeits-Erklärung und in der Verfassung niedergelegte Anschauung, daß unser Land eine Stätte der Freiheit und eine Zufluchtsstatt für die Unterdrückten aller Nationen ist, war stets ein Hauptbestandtheil des demokratischen Glaubensbekenntnisses. Das Recht, Bürger und Grundbesitzer zu werden darf nicht verkürzt werden.

(Die vorstehenden Sätze wurden bereits von der demokratischen Nationalconvention zu Baltimore im Jahre 1852 angenommen. Die diesjährige, vom 2. bis 6. Juni zu Cincinnati abgehaltene Convention bestätigte sie und setzte noch die folgenden hinzu, die sich auf die Sklavenfrage und die auswärtige Politik des Landes beziehen).

1. Der Congreß hat kein Recht sich um die inneren Einrichtungen einzelner Staaten (d. h. um die Sklaverei) zu bekümmern. Jeder Versuch, den Congreß zur Einmischung in die Sklaverei, oder auch nur zu einleitenden Schritten in Bezug auf eine dereinstige Abschaffung derselben zu veranlassen, muß zu den schlimmsten Folgen führen, das Wohlergehen des Volkes und den Bestand der Union gefährden und es darf ihm daher kein Vorschub geleistet werden.

2. Von dieser Ueberzeugung ausgehend wird die demokratische Partei unverbrüchlich auf eine getreuliche Vollstreckung der Gesetze von 1850 dringen, welche unter dem Namen Compromißmaßregeln bekannt sind, namentlich auch auf die Vollstreckung des Gesetzes über Einfangung flüchtiger Sklaven, das überhaupt nicht wieder aufgehoben oder wesentlich verändert werden darf.

3. Die demokratische Partei wird sich jedem Versuche, die Sklaverei-Agitation in oder außer dem Congresse, unter was immer für einer Gestalt oder Vorwand zu erneuen, mit Entschiedenheit widersetzen.

4. Die demokratische Partei betrachtet die in den Beschlüssen der Kentuckyer und Virginier Gesetzgebungen von 1792 und 1798 niedergelegten Grundsätze als einen Hauptartikel ihres politischen Glaubensbekenntnisses.

Mit besonderer Rücksicht auf die Lehren, welche eine, lediglich auf die Sklaverei-Frage begründete Partei aufgestellt hat, erklären wir ferner:

1. Indem wir die Genossenschaft und Mitwirkung aller derer beanspruchen (auch der Fillmore-Knownothings!), welche die Erhaltung des Bundes für den wichtigsten Punkt halten, und indem wir alle sektionellen Parteien und Programme über die Sklaverei-Frage zurückweisen, welche die Staaten zu entzweien, zum Verrath und bewaffneten Widerstand gegen die Gesetze in Territorien aufreizen und deren Zwecke, wenn erreicht, zu Bürgerkrieg und Auflösung des Bundes führen müßten, — erklären wir, daß die amerikanische Demokratie die Grundsätze der Nebraskabill als die einzige gesunde und sichere Lösung der Sklavereifrage anerkennt. Also: Nichteinmischung des Congresses in die Sklaverei in Territorien und im Distrikt Columbia.

2. Dies war auch die Grundlage der sowohl von der demokratischen als der Whig Partei anerkannten, vom Volke durch die Wahl von 1852 bestätigten Compromisse von 1850.

3. Die Anwendung des demokratischen Grundsatzes, daß es allen Territorien freisteht, die Sklaverei einzuführen (!!) und mit oder ohne Sklaverei als Staaten in den Bund einzutreten, wahrt die Rechtsgleichheit aller Staaten und sichert den Bestand, so wie die weitmöglichste Ausdehnung der Union, bis sie alle zukünftigen amerikanischen Staaten umfaßt, die sich unter einer republikanischen Regierungsform bilden, oder annerirt werden.

4. Wir anerkennen das Recht des Volkes aller Territorien, einschließlich Kansas und Nebraska, vermittelst eines unverfälschten Willensausdrucks einer Mehrheit der wirklichen Ansiedler, und sobald die Zahl der Bewohner es rechtfertigt, eine Staatsverfassung mit oder ohne Sklaverei zu machen und Einlaß in den Staatenbund zu beanspruchen.

5. Angesichts der Lage, in welcher sich die Sache der Völker in der alten Welt befindet, so wie der gefährlichen Strebungen sektioneller Wühlerei, in Verbindung mit dem Bemühen, das Recht zur Erwerbung und zum Genusse des Bürgerrechts durch bürgerliche und religiöse Unterscheidungen zu schmälern, hält sich die die demokratische Partei für um so stärker verpflichtet, die Sonderstaatsrechte und somit den Bund der Staaten zu wahren, allen Monopolen und allen auf den Vortheil einer bloßen Minderzahl berechneten Gesetzen zu steuern und unabläßig an jenen Grundsätzen und dem in der Verfassung niedergelegten Uebereinkommen festzuhalten, welche die Union, wie sie war, ist und sein soll, umfassen.

Anhang: Ueber die auswärtige Politik.

1. Die aus der auswärtigen Politik erwachsenden Fragen stehen an Wichtigkeit keiner Frage der innern Landespolitik nach. Die Zeit ist gekommen, wo das Volk der Ver. Staaten sich für die Freiheit der Meere und den Fortschritt des freien Handels in der ganzen Welt erklären und mittelst feierlicher Kundgebungen sein erfolgreiches Beispiel in dieser Beziehung noch durch moralischen Einfluß verstärken muß.

2. Unsere geographischen, politischen und Handelsinteressen, sowie unsere zunehmende Machtentwickelung erheischen, daß wir unverbrüchlich an der Monroe-Doktrin festhalten und sie mit unverbrüchlicher Strenge zur Anwendung bringen.

3. Daß die von der Natur vorgezeichnete Verbindungsstraße zwischen dem atlantischen und stillen Meere nie gefährdet werde, dazu bedarf es rechtzeitiger, kräftiger Bemühungen und einer Controlle über die Regierungen der Staaten, innerhalb deren sie liegt. Wir können unter keinen Umständen auf unser Uebergewicht in der Beilegung aller sich hieraus ergebenden Fragen verzichten.

4. Angesichts dieser großen Interessen kann das Volk der Ver. Staaten dem von Centralamerika für dessen Bemühungen, den Theil des Landes zu regeneriren, durch welchen die interoceanische Verbindungsstraße läuft, nur seine herzlichste Theilnahme ausdrücken.

5. Die demokratische Partei erwartet von der nächsten Regierung, daß sie Alles aufbieten wird, um den Ver. Staaten ein maßgebendes Uebergewicht im merikanischen Meerbusen zu sichern und den großen Wasserstraßen, auf welchen unsere Produkte in jenes Meer geführt werden, einen dauernden Schutz zu verschaffen (das heißt: Cuba mit Gewalt den Spaniern abzunehmen.)

Buchanan's Erklärung über die vorstehende Platform.

Er ist nicht mehr Buchanan, sondern Platform.

Am 9. Juni 1856 begab sich der demokratische Keystone-Club nach Lancaster zu Herrn Buchanan, um ihm zu seiner Ernennung Glück zu wünschen. Er verkündigte demselben in folgender Rede, daß er sich nicht länger als James Buchanan, sondern als eine Verkörperung der obigen Platform betrachte:

„Meine Herren vom Keystone-Club! Ich biete Ihnen in meiner Behausung ein herzliches Willkommen. Ich wünsche Ihnen Glück, nicht sowohl zu meiner Ernennung, als dazu, daß Sie Bürger unserer großen Republik sind. Ihre Ueberlegenheit über andere Völker ist wieder einmal glänzend durch das Benehmen der ungeheuern Menschenmasse bewiesen worden, die sich während der vorigen Woche in Cincinnati versammelte. Bei jeder ähnlichen Gelegenheit in Europa würde der freiwillige Meinungsausdruck des Volkes durch Militärmusik übertönt und die Verhandlungen durch eine Armee mit fliegenden Fahnen beherrscht worden sein. Wie ganz anders das Schauspiel in Cincinnati, wo sich Abgeordnete des Volkes der

verschiedenen Staaten unter dem Schutze der Verfassung und der Gesetze versammelten und sich einträchtig über Gegenstände beriethen, die für das Land von größter Wichtigkeit sind. — Noch vor vierzehn Tagen, meine Herren, würde ich Ihnen eine längere Rede gehalten haben, aber jetzt stehe ich auf einer Platform, die ich von Herzen billige und die möge für mich sprechen. Da ich der Vertreter der großen demokratischen Partei und nicht schlechtweg James Buchanan bin, so liegt es mir ob, mein Verfahren nach dieser Platform einzurichten und ihr weder einen neuen Satz einzufügen, noch einen daraus zu entfernen. Diese Platform ist breit und national genug, daß die ganze demokratische Partei darauf Platz findet. Diese glorreiche Partei hat mehr als je bewiesen, daß sie die ächte conservative Partei der Constitution und Union ist.

Warum die Sklavenhalter für Buchanan stimmen.

Henry A. Wise, der Gouverneur von Virginien, hielt am 13. Juni 1856 zu Richmond eine mehrstündige Rede, worin er die Erwählung Buchanan's befürwortete und die Gründe aufzählte, aus denen die Sklavenhalter für ihn stimmen müßten. In dieser Rede setzte er weitläufig auseinder, daß von allen demokratischen Staatsmännern keiner so viel für die weitere Ausbreitung der Sklaverei gethan habe, wie James Buchanan; daß er in allen Stücken und bei allen wichtigen Fragen die Interessen der Sklaverei vertheidigt habe und hierin sogar weiter gegangen sei, als der große Calhoun von Süd-Carolina, dessen Streben darauf hinausging, die südlichen Staaten von der Union loszureißen und einen Sonderbund zu bilden, dessen gesellschaftliche Grundlage die Sklaverei sein sollte. Als besonderes Verdienst rechnet Wise es dem Herrn Buchanan an, daß dieser sich für die Einführung einer Censur gegen alle Schriften, welche die Sklaverei nicht begünstigen, erklärt habe, indem er dafür gewesen sei, daß solche Schriften nicht durch die Post verschickt werden sollten. Wenn es auf Buchanan angekommen wäre, meint Wise weiter, so würde auch Californien zu einem Sklavenstaate gemacht worden sein, wodurch sich der Preis der Negersklaven von durchschnittlich 1000 auf 3000 oder gar 5000 Dollars gehoben haben würde. — Aus diesen und anderen Gründen erklärt Wise, daß Buchanan gerade der rechte Mann für die Sklavenhalter sei. Auch sei seine Ernennung zum Candidaten für die Präsidentschaft ausschließlich das Werk des Südens und insbesondere Virginien's, das von jeher wohl erkannt habe, wie nützlich Buchanan als Präsident für die Interessen der Sklavenbesitzer sein würde.

Die folgenden Stellen sind der Rede Wise's wörtlich entnommen:

* * *

Buchanan hat unserem Staate (Virginien) und dem Süden immer den großen Dienst erwiesen, daß er der Constitution, welche Eigenthum und Personen schützt, stets aufs Unverbrüchlichste gehuldigt und die Souveränität, sowie die Gleichberechtigung aller Staaten aufrecht erhalten hat . . . Besonders treu hat er sich mit Rücksicht auf die Sklaverei bewährt. Kein Mann, weder im Norden noch im Süden, kann in Bezug auf diese Frage ein besseres Verzeichniß aufweisen. Buchanan war nicht für das Missouri-Compromiß, sondern stellte sich im Congresse auf die Seite des Erzfreundes der südlichen Demokratie. Als sich die Frage wegen der (gegen die Sklaverei gerichteten) Brandschriften erhob, stimmte er dafür, daß die Unverletzlichkeit des Postgeheimnisses zertrümmert werde, damit nur nicht die Wühler durch Versendung von Schriften ihre aufrührerischen Pläne fördern könnten. — Als das Wilmotproviso (d. h. die Bestimmung, daß auf Gebiete der Ver. Staaten keine Sklaverei eingeführt werden soll) aufgebracht wurde, widerstand er, — obschon in einem freien Staate — mit Beharrlichkeit allen jenen hinterlistigen Bemühungen, unser Eigenthumsrecht auf die Sklaven zu untergraben und stritt für die souveränen Rechte der Sklavenstaaten zu einer Zeit, wo Andere bei dieser wichtigen Frage wankten und fielen.

Als sich die Frage erhob, ob Texas als Staat in die Union eintreten solle, beschränkte er sich nicht darauf, im Allgemeinen den Satz zu vertheidigen, daß ein Staat „mit oder ohne Sklaverei" in die Union aufgenommen werden müsse; vielmehr ging er durch dick und dünn dafür, daß ein neuer Staat nicht „mit oder ohne," sondern schlechtweg mit Sklaverei aufgenommen werden müsse. — Als es im Jahre 1846 über diese Frage zu innern Zerwürfnissen und Spaltungen kam, erklärte er sich dafür, daß die vom Missouri-Compromiß gezogene Linie (unterhalb welcher auf alle Gebiete sollte Sklaverei eingeführt werden dürfen) bis zum stillen Meere verlängert werde. Bei dieser Gelegenheit nahm sogar Calhoun mehr für den Norden Partei, als Buchanan. Buchanan, mit dem ganzen Süden und mit mir selbst zur Seite, wirkte dafür, daß jene Linie bis zum stillen Meere hin unumstößlich fest stehe, daß es Pflicht und Schuldigkeit des Nordens sei, in eine solche Verlängerung zu willigen. Denn die freien Staaten waren bereits im Nordwesten bis zum stillen Meere vorgedrungen und daher mußten wir im Südwesten Gebiet erlangen, um das Gleichgewicht der Sklavenhaltermacht mit der Macht der freien Staaten zu erhalten. Nur durch Calhouns Opposition ging uns der Vortheil, den jene Verlängerung der Sklavereigrenze gehabt haben würde, verloren, nicht aber durch Buchanan.

Der Vortheil, den Virginien davon gehabt hätte, wenn (nach Buchanan's Wunsche) die Missouri-Compromiß-Linie bis zur Küste des stillen Meeres verlängert worden wäre, läßt sich so zusammenfassen:—Wir bekommen jetzt 1000 Dollars für einen gesunden Sklaven; dann aber würden wir

für einen Neger, der in den Californischen Goldminen hätte arbeiten können von 3000 bis 5000 Dollars bekommen haben. Multiplicire man nun 400,000 (die Zahl der verkäuflichen Sklaven) mit 5000, oder auch nur mit 3000, so sieht man, welchen ungeheuern Verlust wir erlitten haben. Eine Billion Dollars könnte Virginien nicht für den Verlust entschädigen, den es dadurch erlitten hat, daß jene Linie nicht bis nach dem stillen Meere verlängert wurde .... Daß es nicht geschah, war nicht Buchanan's Schuld.

Auch in Bezug auf die Kansas-Nebraskabill ist Buchanan „gesund," wenn er auch weder ein Mitglied der Regierung, noch des Congresses war, als sie angenommen ward.....Als seine Parteigenossen in Harrisburg ihn zum Präsidenten empfahlen, da warfen sie die Lehre von der Squatter-Souveränität (d. h. die Lehre, daß die Bewohner eines Territoriums berechtigt sein sollten, die Sklaverei zu verbannen) bei Seite und stellten einfach den Grundsatz auf, daß erstlich der Congreß gar keine Befugniß habe, sich um die Sklaverei im Territorium zu kümmern und daß zweitens alle Staaten in Bezug auf die Territorien gleiche Rechte hätten (d. h. daß jeder Sklavenhalter das Recht habe, nach jedem Territorium die Sklaverei einzuführen). Und auf dieser Platform nahm Buchanan unmittelbar nach seiner Rückkehr von England, die Kandidatur an. Dadurch hat er sich hinlänglich mit dem Grundsatze der Nebraskabill einverstanden erklärt. Mehr als das konnte man nicht von ihm verlangen. — Außerdem ist aber der Grundsatz der Nebraskabill auch in die Cincinnatier Platform eingefügt und auf dieser Platform steht Buchanan ohne Rück- und Vorbehalt, „ohne einen neuen Satz einzufügen, oder einen daraus zu entfernen."

Somit ist Buchanan in Bezug auf diesen Punkt ganz taktfest und befriedigt die Anforderungen jedes konservativen Mannes im Süden. Die Convention handelte klug und geschickt, indem sie einen Mann als Präsidentschafts-Kandidaten aufstellte, welcher der Wiederherstellung des abgeschafften Missouri-Compromisses und dem Widerrufe der Nebraskabill entschieden abhold ist.

Douglas hat die Ernennung Buchanans von Herzen gut geheißen und ebenso Franklin Pierce, der würdige und bewährte Präsident der Ver. Staaten. Und warum sollte dieser es nicht gethan haben? Jeder möge wissen, daß die Anhänger Buchanans es waren, die den Präsidenten Pierce zu seiner jetzigen hohen Stellung erhoben. Damals gaben sie nach, um Pierce zu erhöhen, warum sollten jetzt nicht Pierce's Anhänger Platz für Buchanan machen? Eine Hand wäscht die andere. — Im Jahre 1844 stimmten die Vertreter Virginiens in der Nationalkonvention für James Buchanan; dasselbe thaten sie 1848, und im Jahre 1852 stimmten sie für ihn 34mal hintereinander. Seitdem ist in ihm selbst und in den Verhältnissen keine Aenderung vorgegangen; nur haben sich die Gründe für Buchanans Erwählung vermehrt.

Buchanan hat Alles gethan, was ein kluger Mann thun konnte, um die Missouri-Linie (welche das ganze Gebiet südlich vom 36½ Gr. nördl. Breite der Sklaverei eröffnete) bis zum stillen Meere zu ziehen, um dadurch für immer dem Streite zwischen Norden und Süden ein Ende zu machen. Gegen seinen und seiner Freunde Willen ward die Linie im Jahre 1850 verwischt und nunmehr ist Buchanan bereit, auf den Grundsatz der Constitution zurückzukehren, gar keine Scheidelinie zwischen Sklaverei und Freiheit mehr ziehen zu lassen und gegen alle Diejenigen zu kämpfen, welche das gleiche Anrecht aller Staaten auf die Territorien (d. h. das Recht der Sklavenhalter, sammt ihren Sklaven nach jedem beliebigen Territorium zu ziehen) zertrümmern wollen. — Auf diesen Grundsatz hin ist er als Kandidat aufgestellt worden und wenn nun jetzt noch ein Präsident, der selbst kein Sklavenhalter ist, die in den letzten Botschaften des Präsidenten Pierce enthaltenen Lehren bekräftigt hat, dann können wir sowohl den Grundsatz, als die praktische Ausführung desselben als eine für immer abgemachte Sache betrachten, dann kann der Süden sich sicher fühlen.

Buchanan ist auch der rechte Mann dazu, den Frieden mit England zu erhalten. Nichts könnte dem ganzen Lande, vorzüglich aber dem Süden, verderblicher sein, als ein Krieg mit England unter den jetzigen Verhältnissen......Ein Krieg mit England würde die schrecklichsten und unheilvollsten Folgen haben. Als ich vor 15 Jahren im Repräsentantenhause die Erklärung beantragte, daß der Congreß keine Befugniß irgend einer Art über die Sklaverei in den Staaten habe, da sagte der alte beredte John Quincy Adams:

> „Diese Erklärung wäre nicht richtig. Wenn der Congreß auch keine Gesetze über die Sklaverei in den Staaten geben kann, so kann doch die Bundesgewalt auf ganz andere Weise mit der Sklaverei zu thun bekommen. England war gezwungen, mit den Negern auf Jamaika zu unterhandeln und wenn diese England zwingen konnten, die Aufhebung der Sklaverei als eine Friedensbedingung zuzugestehen, um wie vielmehr könnten Präsident und Senat, kraft ihrer Befugniß, Verträge zu schließen, die Aufhebung der Sklaverei als Bedingung zugestehen, wenn es sich darum handelte, einen Krieg mit einer fremden Macht durch einen Friedensschluß zu beendigen."

Diese Warnung, so schrecklich, so empörend für Jeden, der auf die Wahrung verfassungsmäßiger und nationaler Verbindlichkeiten hält, habe ich nie vergessen und ganz besonders muß ich während des jetzigen Zerwürfnisses mit dem schwarzrepublikanischen Neu-England an die Gefahren eines Krieges mit Alt-England denken. Denn es fehlt uns gänzlich an einer tüchtigen Kriegsflotte. Während unser Seehandel und unsere Rhederei größer sind, als die Englands, haben wir nicht ein Hundertstel von dessen Kriegsflotte und namentlich von dessen Dampf-Kriegsflotte. Es würde jetzt nicht mehr wie in dem Kriege von 1812 sein, wo Segel noch die einzige bewegende Kraft für Seeschiffe waren. Jetzt ist der Dampf an ihre Stelle getreten und binnen 30 Tagen könnten unseren Schiffen alle Häfen versperrt sein; auch auf Kreuzfahrten könnten Segel Nichts gegen Dampf ausrichten. Ein einziger Dampfer würde eine ganze Flotte reich beladener Kauffahrtei-Schiffe so beschützen, daß keine Kaper ihnen etwas anhaben könnten. — Frei-

lich, wenn der Krieg lange genug währte, bis wir Zeit hätten uns zu erheben und das, was Mangel an gehöriger Vorbereitung verdorben hat, wieder einzuholen, könnten wir vielleicht immer noch den Feind erschöpfen und ehrenvolle Friedensbedingungen erkämpfen. Aber, ich fürchte, es würde uns dazu keine Zeit gelassen werden. Der Handel Neu-Englands, so wie die Baumwolle und der Tabak des Südens würden so furchtbar leiden, daß sie nach Frieden schreien würden, wie Frösche im Regen. Und dieser Durst nach Frieden würde den schwarzen Republikanern dazu behülflich sein, Friedensbedingungen vorzuschlagen, die ebenso schimpflich für uns, als verderblich für unser Eigenthum (Sklaven) und unsere Unabhängigkeit sein würden.......Wenn es den schwarzen Republikanern gelänge, an die Regierung zu kommen, könnten wir, im Falle eines Krieges mit England, wohl etwas anderes erwarten, als daß sich das schwarze Republikanerthum mit dem englischen Einflusse verbinden würde, um die Befreiung der Sklaven zu einer Friedensbedingung zu machen? — Was Buchanan betrifft, so habe ich zwar keinen eigentlichen Auftrag, in seinem Namen zu sprechen, aber ich spreche hiermit meine wohlbegründete Ueberzeugung aus, daß seine Politik eine friedliche sein und daß er, wenn es dennoch zum Kriege käme, solche Friedensbedingungen (Befreiung der Sklaven) als die schlimmsten Feinde des Friedens zurückweisen würde.

Was Brooks von Süd-Carolina von Buchanan sagt.

(Aus seinem Briefe an die Buchanan Ratificationsversammlung zu Charleston.)

Buchanan war weder meine erste, noch meine zweite Wahl für die Präsidentschaft, aber als Vertreter einer bestimmten Art politischer Principien und da er fest auf derselben Baltimorer Platform steht, auf welcher Pierce erwählt wurde, die seitdem sogar noch erweitert, verbessert und gekräftigt ist durch die in Cincinnati angenommenen Beschlüsse, wodurch unsere Prinzipien in ihrer Anwendung auf Kansas von Neuem festgestellt worden sind, ist Buchanan der Mann, dem ich meine Unterstützung nicht versagen kann, ohne den Grundsätzen, die er vertritt, untreu zu werden.

(Aus seiner am 29. Aug. in Columbia gehaltenen Rede.)

Die einzige Hoffnung des Südens beruhet jetzt auf Buchanans Erwählung. Buchanan ist unser Bannerträger bei der bevorstehenden Wahl und die Platform, auf der er steht, ist just die rechte für den Süden.

Was mich betrifft, so ist meine wohlerwogene Ueberzeugung, daß wenn Buchanan besiegt werden sollte, das Volk des Südens sich am nächsten 4. März in seiner ganzen Macht erheben, nach Washington ziehen und die Regierungsarchive, sammt dem Bundesschatze erobern muß.

Ich bin für die Lostrennung der südlichen Staaten von der Union jetzt noch ebenso wie im Jahr 1851.

Ich würde die Verwerfung des Armee-Etats im Repräsentantenhause deswegen gerne gesehen haben, weil dann die Bundestruppen aus Kansas hätten gezogen werden müssen und es dem Volke des Südens frei gestanden haben würde, dorthin zu marschiren, um dem Lane und allen denen, welche in Kansas die Sklaverei nicht einlassen wollen, die Hälse abzuschneiden.

Buchanan billigt den Brooks'schen Mordanfall auf Sumner.

Lancaster, Penns., 24. Juli 1856.

Gestern kehrte ich wieder hierher zurück, um bei der festlichen Eröffnung des neuen Lehrcursus im Franklin und Marshall College zugegen zu sein.

James Buchanan ist Präsident des Verwaltungsraths dieser Anstalt und hatte sich ebenfalls zu der Feier eingefunden. Nichts geschah, um die heitere Stimmung irgend eines Anwesenden zu stören, bis der junge W. W. Davis von Sterling (Illinois) eine Rede hielt, die den alten Herrn Buchanan nicht wenig in Verlegenheit setzte. Das Thema des Vortrages war: „Der Verfall der politischen Ehrlichkeit.“ Die Gedanken, welche der Redner aussprach, waren sehr reif und edel und die Darstellung eine kräftige und abgerundete. Er pries den Patriotismus der Stifter unserer Republik und sprach seinen Abscheu vor den entarteten politischen Schacherern der Neuzeit aus, die, um eine Nomination von einer Partei zu erlangen, alle möglichen schmeichlerischen Versprechungen machen, mag auch die Partei-Convention, um deren Gunst sie buhlen, noch so verderbt und aller Redlichkeit baar sein. Dabei kam der Satz vor: „So speichelleckerisch sind diese Politiker, so sehr fehlt es ihnen an allem moralischen Muth und an Redlichkeit der Gesinnung, daß sich unter ihnen sogar Menschen finden, die den Mordanfall des Brooks auf den edlen Sumner wegen dessen Schutzrede für die Freiheit gutheißen.“

Als der Redner diesen Satz vortrug, lagerte sich Todtenstille über die Versammlung, die durch lauten Applaus unterbrochen ward, als er die Pointe heraus hatte. Herr Davis schloß seine Rede und zog sich von der Bühne unter betäubendem Beifall und unter einem Regen von Blumensträußen zurück. Es war ein großer Triumph für ihn. Als er sich nun aber auf seinen Platz, dicht neben dem Buchanans setzte, brachte ihm etwa auch dieser seine Glückwünsche dar? O, nein. Vielmehr sagte Buchanan zu ihm, laut genug, daß alle Anwesenden es hören konnten: „Mein junger Freund, Sie sehen nur die Schattenseite des Bildes an. Die Rede Sumners war die pöbelhafteste Schimpferei, die je in einer berathenden Versammlung gehört worden ist.“ Der junge Redner bemerkte darauf: er hoffe, daß der Herr nicht zu denen gehöre, welche die Angriffe von Brooks und Andern auf Sumner billigten. Darauf Buchanan: „Brooks handelte vielleicht etwas übereilt, aber Senator Butler ist ein sehr milder Mann.“ Hr. Davis drückte sein Bedauern darüber aus, daß Hr. Buchanan selbst so „milde“ über das schändliche Attentat von Brooks denke und ließ das Gespräch fallen. Erst nachher erfuhr er, daß der Mann, mit dem er gesprochen, der Vertreter der Cincinnatier Platform war.

Corresp. der N.-Y. Tribune.

Buchanan enthüllt im Vertrauen seine Gesinnungen.

Albert G. Brown, V. St. Senator für den Staat Mississippi, gehörte zu dem von der Cincinnatier Convention gewählten Committee, welches Herrn Buchanan officiell die Nachricht von seiner Erwählung zum Präsidentschaftskandidaten zu überbringen hatte. Nach seiner Zusammenkunft mit ihm theilte er das Ergebniß derselben in folgendem Briefe seinem ehem. Collegen S. R. Adams mit:

Washington, 18. Juni 1856.

Geehrter Herr! Erlauben Sie mir Ihnen Glück dazu zu wünschen, daß die Wahl der Cincinnatier Convention auf Ihren Lieblingskandidaten gefallen ist.

Wenn mir die Ernennung Buchanans schon von Anfang an erwünscht war, so ist sie es jetzt noch weit mehr, seitdem ich ihn gesehen und gesprochen habe. Das Committee, zu welchem ich gehörte, begab sich nach seiner Wohnung, um ihm offiziell Anzeige von seiner Ernennung zu machen und ihn im Namen der Nationaldemokratie um Annahme derselben zu ersuchen. Wir fanden ihn offen, freimüthig und ganz ohne Hehl und Scheu in der Mittheilung seiner Gesinnungen. Herr Buchanan sagte in Gegenwart aller Anwesenden — und es waren diese aus dem Norden, wie aus dem Süden, aus dem Osten, wie aus dem Westen, daß er auf der Cincinnatier Platform stehe und mit jedem Punkt derselben übereinstimme. Besonders unzweideutig sprach er sich über die auf die Sklaverei bezüglichen Stellen aus, indem er bemerkte, daß die Sklavereifrage der alleinige Angelpunkt bei der jetzigen Wahl sei. Er anerkannte die Alles überragende Wichtigkeit dieser Frage im vollsten Umfange und erklärte, daß er, wenn erwählt, es zur Hauptaufgabe seiner Administration machen würde, diese Frage in einer solchen Weise beizulegen, daß dadurch der Union Ruhe und Frieden und dem Süden volle Sicherheit gewährt würde. Er sprach in Ausdrücken der entschiedensten Billigung von der Kansasbill und mißbilligte ebenso bestimmt die unwürdigen Bestrebungen sektioneller Wühlerei, die darauf berechnet seien, das ganze Land in Flammen zu setzen. — Er sagte: Nach den Compromißmaßregeln von 1850 sei die Kansasbill nothwendig gewesen, um unsere Gesetzgebung in Bezug auf die Territorien mit einander in Einklang zu bringen, und sprach sein Befremden darüber aus, daß sich nach der Einhelligkeit, womit sich das ganze Land mit den Compromißmaßregeln von 1850 zufrieden gegeben habe, noch irgendwo ein systematischer Widerstand gegen die Kansasbill zeigen könne.

Nachdem Hr. Buchanan so über Kansas und die Sklavenfrage gesprochen, ging er auf unsere auswärtige Politik über. Er billigte im Allgemeinen die Cincinnatier Beschlüsse über diesen Gegenstand, fügte aber hinzu, daß wir bei Durchführung unserer eigenen nationalen Politik jederzeit die wohlbegründeten Rechte und die naturgemäße Politik anderer Nationen in geeigneter Weise berücksichtigen müssen. Er sei nicht gegen weitere Gebietsausdehnungen. Alle unsere bisherigen Ländererwerbungen seien auf grade und ehrliche Weise zu Stande gekommen. Es könnten unsere nationalen Bedürfnisse weitere derartige Erwerbungen erheischen. Er betrachte die Erwerbung Cubas jetzt als sehr wünschenswerth und glaube, daß dieselbe wahrscheinlich ein nationales Bedürfniß werden dürfte. Sobald wir die Insel unter irgend welchen anständigen und ehrlichen Bedingungen erlangen könnten, sei er dafür, sie zu nehmen. Aber fügte er hinzu, es wird eine furchtbare Nothwendigkeit sein, die mich bestimmen würde, einen Streich gut zu heißen, der uns Vorwürfe zuziehen, oder die Ehre und den Ruhm unseres geliebten Vaterlandes beflecken könnte.

Nachdem die eigentlich offizielle Unterredung zu Ende war, sagte Hr. Buchanan in scherzendem Tone, doch in Gegenwart Aller: „Wenn ich, zum Präsidenten erwählt, zur „Beilegung der Sklavenfrage unter den erwähnten Bedin„gungen behülflich sein und dann noch Cuba der Union an„fügen kann, will ich gerne meinen Geist aufgeben und die „Regierung an Breckenridge übergehen lassen." Kann es einen edlern Ehrgeiz geben? Sie können mit Recht stolz darauf sein, daß Sie diesen Kandidaten so früh schon erkoren, und sich Glück dazu wünschen, daß keine widrigen Einflüsse Sie jemals nur einen Zoll breit Ihrem festen Entschlusse, den großen Pennsylvanier stetig und von ganzem Herzen zu unterstützen, abwendig zu machen vermochten. Meiner Meinung nach verdient er die Unterstützung und das Vertrauen des Südens in mindestens ebenso hohem Grade wie Calhoun. Indem ich dies sage, will ich nicht darunter verstanden wissen, daß er einseitige Vorurtheile zu unsern Gunsten hätte, sondern nur, daß er keine gegen uns hat, und daß wir uns mit vollster Zuversicht darauf verlassen können, von ihm unser vollstes Recht nach Maßgabe der Constitution zu erhalten.

Da ich um Ihre unausgesetzte treue Anhänglichkeit an Buchanan weiß, so erlaubte ich mir, Ihnen durch diesen Brief die Versicherung zu geben, daß Sie sich in dem Manne nicht getäuscht, sondern nur eine heilige Kindespflicht gegen den Süden erfüllt haben, indem Sie ihn empfahlen. Einer Indiscretion mache ich mich durch die vorstehenden Mittheilungen nicht schuldig. Ganz ergebenst,

Ihr Freund,
A. G. Brown.

Buchanans politische Verdienste.

Der in Richmond (Virg.) erscheinende „Enquirer" theilt das folgende Register der Abstimmungen Buchanans im Kongresse mit. Es ist sehr vollständig; doch hätte von Rechtswegen auch noch hinzugefügt werden sollen, daß Buchanan im Jahre 1819, ehe er auf die Präsidentschaft spekulirte, einen Aufruf zu einer Versammlung unterzeichnete, die einen Protest gegen die Zulassung von Missouri als Sklavenstaat erlassen sollte. Seit jener Zeit hat er allerdings, wie der „Enquirer" ihm nachrühmt, immer nur für die „Kräftigung und Aufrechterhaltung der Sklaverei" gewirkt. — In der Einleitung zu seinem Register schreibt der „Enquirer," den die N. Y. Staatszeitung als „eins der besten und tüchtigsten demokratischen Blätter" preist, folgendes:

„Es ist ordentlich herzstärkend, die ruhige Würde und den patriotischen Geist zu betrachten, die Buchanans Laufbahn im Congresse kennzeichnen. Nie ward er auch nur bei einer einzigen Gelegenheit in Gemeinschaft mit den Gegnern der Sklaverei gefunden. „Bei jeder Veranlas„sung vertheidigte er mit Eifer die gesetzliche und politische „Berechtigung der Sklaverei . . . bei jeder einzelnen Streit„frage zwischen der Sklaverei und ihren Feinden, stand er „auf Seiten der Sklaverei."

1. Im Jahre 1836 stimmte er dafür, daß die Versendung von Druckschriften, welche der Sklaverei ungünstig sind, verboten werde.

2. In demselben Jahre stimmte er dafür, daß Arkansas als Sklavenstaat in den Bund aufgenommen werde, (obgleich die dazu nöthigen Vorbedingungen fehlten.)

3. 1836 und 37 stimmte er für die Abweisung der beim Congresse einlaufenden Gesuche um Abschaffung der Sklaverei im Distrikt Columbia.

4. 1837 stimmte er für die berühmten Calhoun'schen Resolutionen, wodurch es der Nationalregierung zur Pflicht gemacht wurde, die Sklaverei zu beschützen und aufrecht zu erhalten.

5. 1838, 39 und 40 stimmte er unabänderlich in Gemeinschaft mit den südlichen Senatoren gegen die Inbetrachtnahme von Petitionen, welche gegen die Sklaverei gerichtet waren.

6. 1844 und 45 wirkte und stimmte er für die Aufnahme von Texas.

7. 1847 unterstützte er das Clayton'sche Compromiß.

8. 1850 beantragte er die Verlängerung der Missouri-Compromiß-Linie bis nach dem stillen Meere (d. h. die Einführung der Sklaverei in Californien,)

9. gab sich aber sofort mit dem Compromiß von 1850 zufrieden und wendete seinen ganzen Einfluß auf, um die pünktliche Vollstreckung des Sklaven-Auslieferungsgesetzes zu bewirken.

10. 1854 protestirte er gegen einen Beschluß der Pennsylvanischen Gesetzgebung, der darauf berechnet war, die Einfangung und Auslieferung flüchtiger Sklaven zu erschweren.

11. 1854 unterhandelte er über die Erwerbung von Cuba.

12. 1856 erklärte er seine unbedingte Gutheißung der Nebraskabill.

13. Er stimmte niemals gegen die Interessen der Sklaverei und sprach nie ein Wort, das den empfindlichsten Sklavenhalter hätte kränken können.

Hier sind die hauptsächlichsten Punkte aus Buchanan's politischer Laufbahn im kleinsten Raume zusammengefaßt, so daß man mit einem einzigen Blicke erkennen kann, wie der demokratische Kandidat sich zu der großen Tagesfrage verhält. Dieser kurze Ueberblick zeigt, daß Buchanan dem Süden mit einer Beharrlichkeit und Treue gedient hat, wie dies keinem andern der jetzt lebenden Staatsmänner nachgesagt werden kann.

Buchanans politischer Wankelmuth.

So sehr auch die demokratischen Blätter ihrem Kandidaten nachrühmen, daß er immer in allen politischen Fragen sich gleich geblieben sei, so ist doch das keineswegs der Fall. Wir haben vorher gesehen, daß er seine Laufbahn als bitterster Feind der demokratischen Partei begann, während er jetzt als Kandidat dieser Partei dasteht. Aber auch in Bezug auf die Sklavereifrage stand er vor acht Jahren noch auf dem ganz entgegengesetzten Standpunkte wie jetzt. Damals erklärte er in einem Briefe an T. Sandford von Alabama, daß der Congreß unbedingt das Recht habe, die Sklaverei auf Territorien (d. h. auf Ländern, welche dem Volke der sämmtlichen Vereinigten Staaten gehören) zu verbieten; ja er meinte damals, es sei der größte Unsinn, wenn man anderer Meinung sein wolle. — Aber nachdem durch die Nebraskabill dem Congresse jenes Recht genommen ist, schießt Buchanan, so alt er noch ist, einen vollständigen Burzelbaum, erklärt, daß nicht der Congreß, sondern nur die Bewohner der Territorien das Recht haben sollen, zu sagen, ob dort Sklaverei bestehen soll, oder nicht, und findet auf einmal, daß die Grundsätze, die er vor acht Jahren aussprach, Unsinn gewesen seien. Wie aber Buchanan im Jahre 1848 dachte und schrieb, so dachte und schrieb auch Thomas Jefferson. Buchanan ist also im Jahre 1856 wieder auf demselben Punkte angelangt, von welchem er vor 40 Jahren ausging, d. h. er erklärt die Lehren und Grundsätze Jeffersons, des Vaters der Demokratie für Unsinn.

Zum Beleg stellen wir hier das, was Buchanan 1848 und das, was er 1856 schrieb, nebeneinander.

1848.	1856.
„Die Bewohner eines „Territoriums als solchen „haben keine politischen „Rechte, — haben namentlich keine Befugniß irgend „einer Art in Bezug auf die „Sklaverei; sie können dieselbe weder verbieten noch „einführen, außer wenn sie „in Convention versammelt „sind, um eine Staatsverfassung anzunehmen. Der „Congreß besitzt meiner Ansicht nach, das Recht, in „Betreff der Sklaverei in „den Territorien Gesetze zu „geben. Welch eine Abgeschmacktheit wäre es also, „wenn ich, der ich an der „souveränen Gewalt des „Congresses festhalte,—eine „Gewalt, die ihrem Wesen „nach eine ausschließliche „sein muß, — in demselben „Athem dieselbe Gewalt für „das Volk des Territoriums „in Anspruch nehmen wollte? „Ich halte an dem Missouri-„Compromiß mit größerer „Zähigkeit, als je, fest."	„Die neueste Gesetzgebung „des Congresses in Betreff „der Sklaverei (Nebraskabill) verspricht, die ganze „gefährliche Aufregung über „diesen Gegenstand zu „schlichten. Diese Gesetzgebung beruhet auf Grundsätzen, die so alt sind, wie „die Freiheit selbst und erklärt, in Uebereinstimmung „mit denselben, einfach, daß „das Volk eines Territoriums, gleich dem eines „Staates, selbst zu entscheiden hat, ob bei ihm Sklaverei bestehen soll, oder „nicht. Die Nebraskabill „setzt eben nur den Grundsatz der Selbstregierung in „Kraft, indem sie es als „ihren wahren Sinn und „Zweck erklärt, daß die „Sklaverei durch sie weder „in ein Territorium oder einen Staat eingeführt, noch „daraus verbannt werde, „sondern, daß es dem Volke „völlig frei stehe, sich sei„inneren Einrichtungen na„eigenem Ermessen zu geben. „Kein Mensch und keine „Partei, die dem Grundsatz „der Volksherrschaft huldigt, kann dieses Prinzip „anfechten."

Buchanan als Feind der Preßfreiheit.

Unter den Verdiensten, welche die demokratischen Blätter an ihrem Kandidaten Buchanan rühmen, ist auch das, daß er früher einmal für die Vernichtung der Preßfreiheit gestimmt hat, um den Sklavenhaltern seine Ergebenheit zu beweisen. Es war nämlich von Calhoun der Antrag gestellt worden, daß durch die Post keine Druckschriften sollten versendet werden dürfen, die über die Sklaverei handelten. — Hierdurch wäre jeder Postmeister zu einem Censor gemacht worden, von dessen Willkühr es abgehangen hätte, ob eine Zeitung gelesen werden dürfe oder nicht.—Nur sehr wenige Senatoren aus den freien Staaten stimmten für diesen Antrag, der eines der wichtigsten von der Constitution gewährleisteten Grundrechte,— die Preßfreiheit zu Nichte gemacht haben würde; unter diesen wenigen

aber befand sich auch James Buchanan. — Das amtliche Congreß-Protokoll darüber lautet:

Mittwoch, den 8. Juni 1836.

Auf Antrag Hrn. Calhouns ward die Bill zur Verhinderung der Verbreitung aufreizender Schriften über die Sklavereifrage mittelst der Post zum dritten Mal verlesen.

Die Bill ging verloren durch folgende Abstimmung:

Ja's: die Herren Black, Brown, Buchanan, Calhoun, Cuthbert, Grundy, King von Alabama, King von Georgia, Mangum, Moore, Nicholas, Porter, Preston, Rives, Robinson, Tallmadge, Walker, Wright, White — 19.

Nein's: die Herren Benton, Clay, Crittenden, Davis, Ewing von Illinois, Ewing von Ohio, Goldsborough, Hendricks, Hubbard, Kent, Knight, McKean, Leigh, Morris, Naudain, Niles, Prentiß, Ruggles, Shepley, Southard, Swift, Tipton, Tomlinson, Wall, Webster — 25.

Buchanan und die Know-Nothings.

Die demokratischen Blätter haben aus dem Umstande, daß in der Philadelphier Platform bei Gelegenheit der Fremdenfrage nur von „Bürgern" gesprochen wird, allerlei Schlußfolgerungen ziehen wollen. Dabei vergessen sie ganz der weisen Regel, daß derjenige, der in einem gläsernen Hause wohnt, nicht mit Steinen werfen sollte. — Wenn es wahr wäre, daß aus jener Fassung der republikanischen Platform auf die Absicht einer Abänderung der Naturalisationsgesetze geschlossen werden könnte, so müßte man genau denselben Schluß aus dem Annahmeschreiben Buchanans ziehen. Denn darin vermeidet es Buchanan geflissentlich, sich für die Aufrechthaltung der Naturalisationsgesetze auszusprechen. Er schreibt nur:

„Keine Partei, die auf religiöser oder politischer Intoleranz gegen eine Klasse amerikanischer Bürger (gleichviel ob hier oder im Auslande geboren) beruht, kann in diesem Lande lange Bestand haben. Wir sind alle gleich vor Gott und der Verfassung, und der finstere Geist des Despotismus und der Bigotterie, der gehässige Unterscheidungen unter unsern Mitbürgern hervorrufen möchte, wird von einer freien und aufgeklärten öffentlichen Meinung bald zurückgedrängt werden."

Hier spricht Buchanan, wie man sieht, nur davon, daß denen, die bereits Bürger sind, ihre Rechte nicht geschmälert werden sollen. Das sagen auch die Knownothings. Ob er aber auch darauf dringen will, daß jeder Einwanderer nach wie vor Bürger werden kann, davon erwähnt er keine Silbe. Unter diesen Umständen können auch die Knownothings mit gutem Gewissen für Buchanan stimmen. Sie können es nicht bloß; sie thun es auch. Die in Columbus im Staate Georgia erscheinende „Times and Sentinel" bringt einen Bericht über eine dort am 21. Juni abgehaltene Versammlung der Knownothings, worin folgende Beschlüsse angenommen wurden:

„Während wir in unserer Feindseligkeit gegen das Uebergewicht (?) fremden Einflusses auf die Verwaltung „unseres Landes in keinem Punkte nachlassen, während „wir so stark wie je die Politik verurtheilen, die Leute zu „öffentlichen Aemtern zuläßt, die andern Mächten zu Unterthanentreue verbunden sind, halten wir doch dieses „hochwichtige Prinzip der Sklavenfrage untergeordnet.

„Wir sind der Ansicht, daß die demokratische Partei in Cincinnati kühn und ehrenhaft sich in Schlachtlinie „gestellt und die Alles überwiegende Frage (die Sklavenfrage) unsern Feinden und der Welt entgegengeworfen „hat. In Betracht dieser Thatsachen fühlen wir, als „Männer des Südens, uns verpflichtet, ihre Nominirten „zu unterstützen und mit ihr auf diesem Punkte zu siegen „oder zu fallen.

„Wir empfehlen darum unsern Mitbürgern die Wahl „von James Buchanan und John Breckenridge."

Wie wenig die Freunde Buchanans von den Rechten der Eingewanderten halten, das zeigte sich am 2. Juli, wo im Senate zu Washington durch die Stimmen der Demokraten Mason und Hunter von Virg., Broadhead von Penns., Bayard, Iverson, Biggs, Mallory u. A. den Eingewanderten das Stimmrecht in Kansas genommen wurde, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Deutschen dort gegen die Sklaverei sind. — Das Blatt, welches den obersten Rang unter den Buchanan-Zeitungen einnimmt, nämlich das „Journal of Commerce" in New-York erklärte, daß die Demokraten jenen Beschluß deswegen gefaßt hätten, um sich dadurch die Knownothings zu Freunden zu machen und nannte ihn deshalb „weise und verständig."

Buchanan und die Grenzbanditen.

Der in Galesburg, Illinois, erscheinende „Free Democrat" veröffentlicht die folgende beeidigte Aussage eines gewissen J. F. Bliß, dessen Glaubwürdigkeit von mehreren der angesehensten Bürger des Ortes unter Eid bescheinigt wird:

„Ich befand mich am Freitag den 13. Juni in Col. „Rich's Laden zu Fort Leavenworth in Kansas und hörte „dort ein Gespräch zwischen Richter Lecompte und mehreren „andern, mir persönlich nicht bekannten Männern, über „Gouv. Robinson und die andern Staatsgefangenen, sowie „über die Politik des Präsidenten Pierce in Bezug auf „Kansas. — Einer der Männer äußerte einige Besorgnisse „über die Rechtgläubigkeit Buchanans in Betreff der Sklavenfrage. Lecompte entgegnete darauf; er habe Briefe „von einigen Freunden Buchanans und ersehe daraus, daß „dieser vollkommen „gesund" in Bezug auf die Sklavereifrage sei, daß er genau die nämliche Politik wie Pierce befolgen werde, aber daß man „die Sache vor der Hand noch geheim halten müsse, um „Pennsylvanien und New-York zu gewinnen. „Und," „fügte Lecompte hinzu, „er wird noch obendrein den Narren, den Reeder, herumkriegen, daß er für ihn geht. „Der alte Bock ist all right, boys! Habt keine Angst um „ihn!"

Was würde Buchanans Erwählung bedeuten?

Der Richmond „Enquirer," das bedeutendste aller Buchanan-Blätter im Süden, schreibt in seiner Nummer vom 29. August:

„Die Erwählung Buchanans kann und wird wahr-„scheinlich eine Reaction in der öffentlichen Meinung an-„bahnen, wodurch die Ausbreitung der konservativen Ein-„richtung der Sklaverei ermuntert werden würde" und ebenso die Ausbreitung der britischen und südeuropäischen Race zum Behuf der Eindämmung und Ableitung jenes aus dem Bienenschwarme Nordeuropas fließenden Stromes von Atheismus, Materialismus, Communismus und Anarchie, der uns zu überschwemmen droht.

„Die Erwählung Buchanan's würde eine reaktionäre „Bewegung zu Gunsten der Sklaverei und der conservati-„venGesinnungen sein."

Für den Fall, daß Buchanan nicht gewählt werden sollte, will der „Enquirer," daß die Sklavenstaaten einen Theil der freien Staaten sammt Californien erobern, einen Sonderbund wie den berüchtigten schweizerischen stiften, und mit den Kaisern von Rußland und Brasilien ein Bündniß gegen die Freiheit schließen sollen. Er schreibt:

„Der Süden zeige eine feste, ungetheilte Front. Er zeige den Barbaren des Nordens, daß seine spärliche Bevölkerung nur wenig Aussicht auf Beute, seine kriegerischen, selbstständigen Sitten, seine Bergschluchten keine Aussichten auf Sieg, sein festes Zusammenhalten und sein unverbrüchlicher Entschluß keine Aussichten auf Eroberung „eröffnen. Es löse der Süden wo möglich Pennsylvanien „und das südliche Ohio, Süd-Indiana und Süd-Illinois „vom Norden los und mache die Gebirgszüge zwischen dem „Ohio und den Binnenseen zur Grenzlinie. Er trete in „Unterhandlung mit Californien und verbünde sich erfor-„derlichenfalls mit Rußland, mit Cuba und Brasilien."

Buchanan und die europäischen Revolutionäre.

Der Londoner Correspondent der Tribune, Franz Pulszky, schreibt unterm 1. Juli Folgendes:

„Vielleicht wird es Ihre im Auslande geborenen Mitbürger interessiren, Etwas über die früheren Beziehungen Buchanans zu den Führern der europäischen Bewegung zu erfahren; denn wenn ich nicht sehr irre, werden einige seiner Freunde versuchen, unter den naturalisirten Bürgern mit seiner Theilnahme an dem Festmahle des amerikanischen Consuls Kapital zu machen, wo er an der Seite Kossuth's, Mazzini's und Ledru Rollin's saß. — Als Herr Buchanan nach London kam, nahm er keine Notiz von den Häuptern der Verbannten. Sickles kam etwas später und schien seine große Rede im Irving Hause, wo er im Namen Jung-Amerika's förmlich in Kossuth's Regiment eintrat, gänzlich vergessen zu haben. — Anders war es, als Georg Saunders ankam und sofort seine Freundschaft mit Kossuth erneute. Saunders zeigte sich immer als einen aufrichtigen Freund der Flüchtlinge und leistete den Herren Kossuth, Mazzini und Ledru Rollin wichtige Dienste. Durch ihn wurde Sickles und endlich sogar Buchanan bestimmt, sich für die Pläne der Flüchtlinge zu interessiren.

„Es wurde eine persönliche Zusammenkunft verabredet und der Geburtstag Washingtons dazu bestimmt, die bedeutendsten unter den Flüchtlingen Herrn Buchanan vorzustellen, der zu jener Zeit von Saunders durch die Hoffnung auf Erlangung der demokratischen Nominationangespornt wurde. Saunders verwies ihn darauf, daß seine gerechten Erwartungen bisher immer von den conservativen „Oldfogies" vereitelt seien und daß nur ein Bündniß mit Jung-Amerika, mit Soulé und seinen Freunden im Süden, mit den revolutionären Elementen Europa's seine Nomination herbeiführen könne. Demnach wurden zum 21. Februar Kossuth, Ledru-Rollin, Mazzini, Garibaldi, Felice Orsini, Herzen u. A. nach Weymouthstreet eingeladen, „um mit Sr. Excellenz dem amerikanischen Gesandten zusammen zu kommen." Buchanan, vorsichtig und zurückhaltend wie immer, unterhielt sich vorzugsweise mit Kossuth, der ihm, da er ein Gast der Ver. Staaten gewesen und sogar von Webster mit Auszeichnung behandelt worden war, nicht so gefährlich schien. — Weit zurückhaltender war er mit Mazzini und noch viel kälter mit Ledru Rollin und dem russischen Republikaner Herzen. Um Mitternacht schien er froh zu sein, endlich die schwere Prüfung bestanden zu haben, ohne allzuheftige revolutionäre Aeußerungen hören zu müssen, die auf der russischen oder französischen Gesandtschaf' hätten übel aufgenommen werden können.

„Diese Zusammenkunft Buchanan's mit den Flüchtlingen war die erste und letzte. Er vermied sie fortwährend und als Saunders abberufen wurde, ward der Verkehr zwischen der amerikanischen Gesandtschaft und dem Hauptquartier der europäischen Emigration gänzlich abgeschnitten. So zeigte sich Buchanan immer und überall."

Die Kansasfrage in einer Nußschale.

Die mit den Knownothings verbundenen Demokraten von Missouri eroberten im März 1855 das Territorium Kansas mit gewaffneter Hand und setzten eine Behörde ein, welche sie Gesetzgebung nannten.

Diese sogenannte Gesetzgebung führte die Sklaverei in Kansas ein, setzte Todesstrafe auf jeden Zweifel an ihrer Rechtsgültigkeit, stellte Beamte an, welche ihre Blutgesetze vollziehen sollten und beraubte sämmtliche Gegner der Sklavereiverbreitung des Stimmrechts.

Diese Thatsachen stehen fest und werden auch von demokratischen Blättern nicht geleugnet.

Gleichwohl verlangt jetzt die demokratische Partei, daß die Verfügungen jener Missourier Banditen unbedingte Gesetzeskraft haben sollen, und daß Jeder, der sich ihnen widersetzt, als Hochverräther gehängt werde.

Das ist die ganze Kansasfrage. Die demokratische Partei verlangt, daß das „souveraine Volk von Kansas", sofern es bei sich die Sklaverei **nicht** eingeführt zu sehen wünscht, todtgeschlagen werde. — Die republikanische Partei dagegen will, daß der Grundsatz der „Volkssouveränetät in den Territorien," den die Demokratie erfunden hat, praktisch ausgeführt und Kansas auf Grund der vom dortigen Volke angenommenen Freistaat-Verfassung in den Bund aufgenommen werde.

Die Gesetze von Kansas.

Buchanan sagt von sich selbst, daß er ein und dasselbe mit der Cincinnatier Platform sei. Diese Platform spricht auch davon, daß die sogenannten „Gesetze" von Kansas (die nämlichen, welche die **Missourier** dem Volke von Kansas aufzwangen) getreulich vollstreckt werden. Folgendes ist nur **eins** von diesen scheußlichen „Gesetzen," die Alles übertreffen, was jemals der blutigste Despotismus der finstersten Zeiten ersonnen hat:

Gesetz zur Bestrafung von Vergehen gegen das Sklaveneigenthum.

Es wird durch den Gouverneur und die Gesetzgebung von Kansas verordnet wie folgt:

1) Wer einen Sklaven- oder Negeraufstand anzettelt, erleidet den Tod.

2) Wer bei einem Negeraufstande hilft, erleidet den Tod.

3) Wer durch Wort oder Schrift zu einem Negeraufstande aufreizt, oder dazu anreizende Druckschriften in's Land bringt, erleidet den Tod.

4) Wer einen Sklaven von seinem Eigenthümer weglockt, um ihn frei zu machen, erleidet den Tod oder Zuchthausstrafe von 10 Jahren an.

5) Wer bei Weglockung eines Sklaven behülflich ist, erleidet den Tod oder Zuchthausstrafe von 10 Jahren an.

6) Wer in einem andern Staate der Union (Missouri) einen Sklaven weglockt und ihn nach Kansas bringt, erleidet den Tod oder Zuchthausstrafe von 10 Jahren an.

7) Wer einem Sklaven bei der Flucht behülflich ist, zieht sich Zuchthausstrafe von mindestens 5 Jahren zu.

8) Wer einen aus einem andern Staate entflohenen Sklaven beherbergt, zieht sich dieselbe Strafe zu, die im vorstehenden Paragraphen angegeben ist.

9) Wer einem Beamten bei der Einfangung eines flüchtigen Sklaven Widerstand leistet oder dem letztern zur Flucht aus dem Gewahrsam behülflich ist, kommt auf mindestens zwei Jahre ins Zuchthaus.

10) Ein Beamter, der sich weigert, die Verhaftung eines flüchtigen Sklaven vorzunehmen, verfällt in eine Geldbuße von $100 bis $500.

11) Wer Bücher, Zeitungen, Flugschriften, Plakate, Cirkulare u. dgl., die Angaben, Behauptungen, Meinungen, Gesinnungen, Lehren, Grundsätze oder Andeutungen enthalten, wodurch Unzufriedenheit unter den Sklaven erweckt oder diese zur Flucht verleitet werden könnten, in Kansas schreibt, druckt, verlegt, vertreibt, einführt oder auch nur hiebei behülflich ist, kommt auf mindestens fünf Jahre ins Zuchthaus.

12) Wer durch Wort oder Schrift den rechtlichen Bestand der Sklaverei in Kansas leugnet, oder Druckschriften in's Land bringt, die derartige Behauptungen aufstellen, kommt auf mindestens zwei Jahre ins Zuchthaus.

13) Wer Gewissensscrupel gegen den Besitz von Sklaven hat, darf in keinem Strafprozeß auf Grund des vorliegenden Gesetzes als Geschworener fungiren.

Der „Süden."

Man gebraucht gewöhnlich der Kürze wegen das Wort „der Süden" und meint damit nur die Sklavenhalter. Die Gesammtzahl der Sklavenhalter in allen südlichen Staaten beträgt nur 347,525. Davon sind zwei Drittel Solche, die nur einen oder oder einige Sklaven als Dienstboten halten und gern freie Arbeiter nehmen würden, wenn sie sie bekommen könnten. Nur etwa 100,000 sind Sklavenzüchter im Großen, die eigentlichen „Ritter" und „Edelleute" des Südens. Diese hunderttausend Menschen sind es, welche bisher die Union beherrscht haben und die mittelst der „Demokratie" ihren speziellen Interessen den Vorrang vor den Interessen von 20 Millionen Weißen verschaffen.

„Rechtsgleichheit"

des Südens und des Nordens verlangen die Demokraten. Darunter verstehen sie, daß jeder Sklavenhalter sein zweibeiniges Eigenthum mit nach allen Bundesgebieten nehmen könne.

Wenn ein Rheder oder ein Fabrikant aus dem Norden nach Kansas oder Nebraska auswanderte, könnte er da etwa seine Schiffe oder Fabriken auf dem Rücken mitnehmen? — Gewiß nicht; er müßte sie zu Hause lassen. — Nun gut, so mögen auch die Sklavenhalter nach den Territorien gehen, aber sie mögen ihre Sklaven da zurücklassen, wo die Sklaverei als örtliche Einrichtung zu Recht besteht.

Einige Zahlen.

Die 15 Sklavenstaaten in der Union zählen 851,508 Quadratmeilen; die 16 freien Staaten 612,597 Q.-M. Die Sklavenstaaten haben also bereits 238,911 Q.-M. mehr als die freien, und durch die Nebraskabill ist der Sklaverei der Weg gebahnt in das ungeheure Gebiet der freien Territorien, welches 2,323,569 Q.-M. umfaßt.

16 freie Staaten zählten 1850: 13,843,011 Einw.,
15 Sklavenstaaten . . 6,185,248 „

also auf einem um ein Viertel größern Territorium noch nicht die Hälfte der Bevölkerung des Nordens.

Die Sklavenstaaten haben mit der Hälfte ihrer Bevölkerung 30 Senatoren und 90 Repräsentanten, der noch einmal so starke Norden zählt 32 Senatoren und 144 Repräsentanten. Bei der Wahl eines Senators gelten also 413,813 freie Wähler des Nordens nicht mehr als 206,175 Apostel der Knechtschaft, d. h. bei der Staatswahl ist im Norden ein Mann nur halb so viel werth als im Süden. Im Repräsentantenhause ist das Verhältniß ein wenig besser; hier gelten 91,958 freie Wähler wenigstens so viel als 68,725 Menschenjäger.

Wie seit der Gründung der Republik der Süden in den obersten Staatsämtern der bevorzugte Theil gewesen ist, zeigt folgende Uebersicht:

	Vom Norden	Vom Süden
Präsidenten	19 Jahre	49 Jahre
Oberste Richter	11 „	57 „
Staatssekretäre	27 „	41 „
Sprecher des Hauses	28 „	43 „
Senatspräsidenten	14 „	54 „

Ein gleiches Verhältniß besteht in den untergeordneten Staatsämtern.

Die Ver. Staaten kauften 1802 Louisiana für 15 Mill., 1810 Florida für 5 Mill., 1845 Neu-Mexiko für 10 Mill. (die Kosten des mexikanischen Krieges ungerechnet), und 1854 das Mesillathal für 6 Mill., zusammen 36 Mill., während sie in 1842 5 Mill. Acker Landes, die zu Maine gehörten, an England abtraten und 1847 sich der Hälfte von Oregon (von 50 Grad 40 Min. bis 49 Grad 30 Min.) begaben. Von den fremden Ankäufen erhielten die Sklavenstaaten: Louisiana, Florida, Texas, Missouri und Arkansas, die Freistaaten hingegen nur Iowa und Californien.

Was die Sklavenhalter von der freien Arbeit denken

Der Richmond „Examiner", eines der Haupt-Buchanan-Blätter, schreibt:

„Bis in letzter Zeit hatte die Vertheidigung der Sklaverei mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil ihre Vertheidiger nur halb und halb zu Werke gingen. Sie beschränkten die Vertheidigung der Sklaverei auf Negersklaverei allein, gaben dadurch das Prinzip der Sklaverei auf, und gestanden zu, daß die Sklaverei in einer andern Form unrecht sei. Die Vertheidigungs-Linie ist indessen jetzt geändert. Der Süden behauptet jetzt, daß Sklaverei recht, natürlich und nothwendig ist, und nicht von der Hautfarbe abhängt. Die Gesetze der Sklavenstaaten verleihen das Recht, auch weiße Menschen als Sklaven zu halten."






WERT
BOOKBINDING
Grantville, Pa.
Jan - Feb 1989
We're Quality Bound

